Rudolf Welser

Der Erbrechts-Kommentar

§§ 531–824 ABGB

Kommentar

MANZ

Der Erbrechts-Kommentar

§§ 531–824 ABGB

von

em. o. Univ.-Prof. DDr. h. c. Dr. Rudolf Welser
Leiter der Forschungsstelle für Europäische Rechtsentwicklung und
Privatrechtsreform an der Universität Wien

Wien 2019
MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitiervorschlag:
Welser, Der Erbrechts-Kommentar (2019) § . . . ABGB Rz . . . bzw Einl Rz . . .
Kurzzitat (Beispiele):
Welser, Erbrechts-Kommentar § 531 ABGB Rz 1
Welser, Erbrechts-Kommentar Einl Rz 1
Welser, Erbrechts-Kommentar Vor § 531 ABGB Rz 1

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung des Autors sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-02483-3

© 2019 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien
Telefon: (01) 531 61-0
E-Mail: verlag@manz.at
www.manz.at
Bildnachweis: © privat
Druck: FINIDR, s.r.o., Český Těšín

Vorwort

Das ErbRÄG 2015 hat auch Lehre und Literatur vor neue, teils umfangreiche und schwierige Aufgaben gestellt. Die neuen Bestimmungen müssen durchleuchtet und ihr Verhältnis zu den verbliebenen und den aufgehobenen geklärt werden. Dabei ist auch zu untersuchen, wie weit neue Gesetzestexte bei gleichbleibender oder ähnlicher Formulierung die Rechtslage geändert haben. Weiters ist zu klären – soweit dies der Quantität wegen überhaupt möglich ist – ob die bisherige, oft jahrhundertealte Literatur und Rechtsprechung noch verwendbar sind, eine Arbeit, die durch die vielfache Änderung der Paragrafenziffern noch erschwert wird. Die Erbrechtsreform hat uns auch schon jetzt eine noch nie dagewesene Fülle an Literatur zum Erbrecht beschert, wenngleich viele Beiträge nicht sehr ergiebig sind. Es wurden aber auch viele berechtigte Fragen aufgeworfen und Lösungen angeboten, mit welchen sich ein Kommentar auseinandersetzen oder auf die er zumindest hinweisen sollte.

Meine seit 1983 in vier Auflagen erschienene Kommentierung des Erbrechts (§§ 531 bis 824 ABGB) gehört nun nicht mehr zu dem von *Rummel/Lukas* herausgegebenen ABGB-Kommentar, sondern ist ein selbstständiges Werk. Es besteht aus dem aktualisierten Text der vierten Auflage, soweit er nach dem ErbRÄG 2015 noch Bedeutung hat. Vor allem aber wurden die §§ 531 bis 824 in der Fassung des ErbRÄG 2015, soweit dieses Änderungen gebracht hat, neu kommentiert. Die Erläuterungen zum alten Recht wurden beibehalten, wenn sich Gesetzestexte nicht geändert haben oder wenn die bisherige Darstellung für das neue Recht weiter relevant erschien. Dasselbe gilt für Literatur und Rechtsprechung vor dem ErbRÄG 2015.

Zur leichteren Orientierung des Benützers wurden unter den neugefassten Bestimmungen die entsprechenden früheren abgedruckt, wenn eine solche Zuordnung möglich war. Ebenso sind der eigentlichen Kommentierung jeweils die Erläuterungen der Regierungsvorlage vorangestellt. Die Literatur vor den einzelnen Paragrafen ist für die Zeit vor und nach dem ErbRÄG 2015 getrennt ausgewiesen. Außerdem sind Veröffentlichungen, die zum ErbRÄG 2015 erschienen sind oder dieses zumindest schon berücksichtigen, in Form einer Übersicht der Gesamtkommentierung vorangestellt. Vor dieser befindet sich auch eine Gegenüberstellung der bisherigen und der neuen Paragrafen, die das wechselseitige Auffinden erleichtern soll, soweit eine solche Entsprechung überhaupt besteht.

Wie inzwischen bekannt ist, darf der Umfang der durch das ErbRÄG 2015 bewirkten Rechtsänderungen nicht unterschätzt werden, ihre Konsequenzen sind nicht immer leicht zu erkennen und oft umstritten. Der Kommentar versucht, die neu entstandenen Fragen aufzuzeigen, er weist auf in der Literatur bereits vorhandene Lösungen hin und gibt die eigene Auffassung wieder, was vielfach eine ausführlichere Auseinandersetzung mit den neuen Bestimmungen erforderlich gemacht hat. Das ErbRÄG 2015 hat nicht nur das ABGB, sondern auch das Außerstreitgesetz novelliert. Da seine neuen Bestimmungen oft jene des ABGB ergänzen, sind sie im Anhang wiedergegeben.

Das Manuskript wurde Ende Juni 2018 abgeschlossen. Später veröffentlichte Literatur und Judikatur konnte nur noch vereinzelt berücksichtigt werden.

Bei der Arbeit am Kommentar hat mich Lic. Mag. *Anna-Franziska Rucker* durch die Sammlung und Aktualisierung von Lehre und Judikatur unterstützt, ebenso haben Mag. *Wieland Leopold,* Mag. *Johanna Locher,* Mag. *Tamara Rubey* und zuletzt Mag. *Linda Obermayr* zur

Fertigstellung des Manuskripts beigetragen. Mag. *Benedikt Fürst* hat das Sachregister angefertigt. Ihnen allen herzlichen Dank.

Frau Univ.-Prof. Dr. *Constanze Fischer-Czermak* habe ich für viele Diskussionen schwieriger Fragen zu danken, Dr. *Gabriel Kogler* für eine Reihe von Hinweisen.

Seit fast 50 Jahren erscheinen Publikationen von mir im Verlag MANZ, bei dem ich immer jede mögliche Hilfe und Unterstützung erfahren habe. Die Zusammenarbeit bei der Entstehung dieses Erbrechtskommentars hat aber wohl alles Bisherige in den Schatten gestellt. Vor allem Verlagsleiter Mag. *Heinz Korntner* hat mir durch sein jederzeitiges Entgegenkommen die Arbeit wesentlich erleichtert, Frau Dr. *Susanne Bomze-de Barba* hat durch ihre unerreichten Fachkenntnisse an diesem Buch einen wichtigen Anteil. Ihnen und allen Mitarbeitern des Verlages, die sonst noch zum Erscheinen des Buches beigetragen haben, möchte ich ganz besonders danken.

Wien, im Oktober 2018 *Rudolf Welser*

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort V
Abkürzungsverzeichnis XIX
Literatur zur Erbrechtsreform 2015 XXV
Paragrafenspiegel XXXV

Einleitung 1

Achtes Hauptstück
Vom Erbrecht allgemein

I. Begriffe

Vor § 531 5
§ 531. Verlassenschaft 8
§ 532. Erbrecht 16
§ 533. Erbrechtstitel 17
§ 534. Mehrere Berufungsgründe 17
§ 535. Unterschied zwischen Erbschaft und Vermächtnis 19

II. Entstehung des Erbrechts

§ 536. Erbanfall 21
§ 537. Vererblichkeit des Erbrechts 24
§ 537 a. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 27
§ 538. Erbfähigkeit 27
Vor § 539 29
§ 539. Gründe für die Erbunwürdigkeit 31
§ 540. 34
§ 541. 37
§ 542. Eintrittsrecht bei Erbunwürdigkeit 41
§ 543. Beurteilung der Erbfähigkeit 42
§ 544. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 43
§ 545. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 43
§ 546. Verlassenschaft als juristische Person 43
§ 547. Gesamtrechtsnachfolge 46
§ 548. Verbindlichkeiten 47
§ 549. Begräbniskosten 48
§ 550. Erbengemeinschaft 50
Anhang zu § 550: Aufgriffsrecht 53
§ 551. Erbverzicht 56

Neuntes Hauptstück
Gewillkürte Erbfolge

I. Grundsätze

§ 552. Letztwillige Verfügung 63
§ 553. Auslegung letztwilliger Verfügungen 67
Vor § 554 70
§ 554. Einsetzung eines einzigen Erben 70
§ 555. Einsetzung mehrerer Erben 71
§ 556. 72
§ 557. Bestimmte und unbestimmte Einsetzung nebeneinander 72
§ 558. 72
§ 559. Erbeinsetzung mehrerer Personen zu unbestimmten Anteilen 73
§ 560. Anwachsung 75
§ 561. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 76
§ 562. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 76
§ 563. 76

II. Anforderungen an den letzten Willen

§ 564. Höchstpersönliche Willenserklärung 79
§ 565. Bestimmtheit und Mangelfreiheit 79
§ 566. Testierfähigkeit 83
§ 567. 84
§ 568. 84
§ 569. Alter 84
§ 570. Wesentlicher Irrtum 90
§ 571. Falsche Bezeichnung 91
§ 572. Motivirrtum 92
§ 573. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 94
§ 574. *[aufgehoben durch RGBl 1876/131]* 95
§ 575. Zeitpunkt für die Beurteilung der Gültigkeit 95
§ 576. 95

III. Form der letztwilligen Verfügung

§ 577. Arten 96
§ 578. Eigenhändige Verfügung 97
§ 579. Fremdhändige Verfügung 100
§ 580. 107
§ 581. Gerichtliche Verfügung 109
§ 582. 110
§ 583. Notarielle Verfügung 112
§ 584. Nottestament 113
§ 585. Verweisende Verfügung 116
§ 586. Gemeinschaftliche letztwillige Verfügungen 116
§ 587. Zeugen 119
§ 588. 119
§ 589. 123

§ 590. Ausgeschlosssenheit des Verfassers 124
§ 591. 124
§ 592. *[aufgehoben durch RGBl 1914/276]* 125
§ 593. *[aufgehoben durch RGBl 1860/9]* 125
§§ 594 – 597. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 125
§§ 598 – 600. *[aufgehoben durch BGBl I 2004/58]* 125
§ 601. Formungültige letztwillige Verfügungen 125

IV. Vereinbarungen von Todes wegen

§ 602. Erbverträge 127
§ 603. Schenkung auf den Todesfall 128

Zehntes Hauptstück
Von der Ersatz- und Nacherbschaft

§ 604. Ersatzerbschaft 135
§ 605. Vermutete Ersatzerbschaft 137
§ 606. Rechte und Pflichten des Ersatzerben 138
§ 607. Gegenseitige Ersatzerbschaft 139
§ 608. Nacherbschaft 139
§ 609. Nacherbschaft auf den Überrest 142
§ 610. Umdeutung von Testieranordnungen 144
§ 611. Nacherbschaft bei Zeitgenossen 146
§ 612. Einschränkung der Nacherbschaft 146
§ 613. Rechte des Vorerben 148
§ 614. Auslegung einer Ersatz- oder Nacherbschaft 155
§ 615. Erlöschen der Ersatz- und Nacherbschaft 156
§ 616. 158
§ 617. 160
§§ 618 – 645. *[gegenstandslos]* 161
§ 646. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 161

Elftes Hauptstück
Vermächtnisse

I. Grundsätze

§ 647. Berufung zum Vermächtnisnehmer 161
§ 648. Erbe und Vermächtnisnehmer 167
§ 649. Vermächtnisschuldner 171
§ 650. Untervermächtnis 172
§ 651. Verteilungsvermächtnis 173
§ 652. Ersatz- und Nachvermächtnis 174
§ 653. Gegenstand eines Vermächtnisses 176
§ 654. Unmöglichkeit 178
§ 655. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 179

II. Arten von Vermächtnissen

1. Gattungsvermächtnisse

§ 656. 179
§ 657. 179
§ 658. 180
§ 659. 180

2. Vermächtnis einer bestimmten Sache

§ 660. 182
§ 661. 182

3. Vermächtnis einer fremden Sache

§ 662. 183

4. Vermächtnis einer Forderung

§ 663. 186
§ 664. 187
§ 665. 188
§ 666. 189
§ 667. 190
§ 668. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 190
§§ 669 – 671. *[aufgehoben durch BGBl I 2009/75]* 190
Vor § 672 190

5. Vermächtnis des Unterhalts oder der Ausbildung

§ 672. 190
§ 673. 192

6. Vermächtnis der Möbel und des Hausrats

§ 674. 193

7. Vermächtnis eines Behältnisses

§ 675. 194
§ 676. 194

8. Pflegevermächtnis

§ 677. 194
§ 678. 199
§§ 679, 680. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 203

9. Auslegung bestimmter Begriffe

a) Kinder

§ 681. 203

b) Verwandte

§ 682. 204

c) Dienstnehmer

§ 683. 205

III. Erwerb von Vermächtnissen

§ 684. Anfallstag und Erwerbsvoraussetzungen bei Vermächtnissen 205
§ 685. Fälligkeit des Vermächtnisses 206
§ 686. 209
§ 687. 210
§ 688. Recht des Vermächtnisnehmers auf Sicherstellung 211
§ 689. Wem ein frei gewordenes Vermächtnis zufällt 212
§ 690. Recht des Erben, wenn die Lasten die Verlassenschaft erschöpfen 212
§ 691. 213
§ 692. Recht des Erben, wenn die Lasten die Verlassenschaft übersteigen 214
§ 693. 216
§ 694. 217

Zwölftes Hauptstück
Von der Einschränkung und Aufhebung des letzten Willens

I. Allgemeines

§ 695. 217

II. Arten der Einschränkung

1. Bedingung

§ 696. 218

a) Unverständliche und gesetz- oder sittenwidrige Bedingungen

§ 697. 220

b) Unmögliche Bedingungen

§ 698. 221

c) Mögliche und erlaubte Bedingungen

§ 699. 222
§ 700. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 223

d) Erfüllung der Bedingung zu Lebzeiten des Verstorbenen

§ 701. 223

e) Keine Erfüllung der Bedingung durch Nachberufene

§ 702. 223

f) Wirkung einer möglichen aufschiebenden Bedingung

§ 703. 224
§ 704. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 224

2. Befristung

§ 705. 225

§ 706. 225
§ 707. Vorberechtigung 226
§ 708. Nachberechtigung 226

3. Auflage

§ 709. 228
§ 710. 231
§ 711. 232
§ 712. Strafvermächtnis und Bestreitungsverbot 233

Vor § 713 235

III. Aufhebung letztwilliger Verfügungen

1. durch Errichtung eines späteren Testaments

§ 713. 236

oder einer sonstigen späteren letztwilligen Verfügung

§ 714. 237
§ 715. 238
§ 716. Unbeachtlichkeit der früher erklärten Unabänderlichkeit 239

2. durch Widerruf

a) Allgemeines

§ 717. 239
§ 718. 240

b) Ausdrücklicher Widerruf

§ 719. 240
§ 720. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 242

c) Stillschweigender Widerruf

§ 721. 242
§ 722. 242
§ 723. 244

d) Vermuteter Widerruf

§ 724. 245

3. durch Verlust der Angehörigenstellung

§ 725. 247

4. durch Ausfall des eingesetzten Erben

§ 726. 249

Dreizehntes Hauptstück
Von der gesetzlichen Erbfolge

I. Grundsätze

Vor § 727 250
§ 727. Fälle der gesetzlichen Erbfolge 251
§ 728. 252
§ 729. Verkürzter Pflichtteil und Folgen einer Enterbung 252
§ 730. Gesetzliche Erben 254

II. Gesetzliches Erbrecht der Verwandten

§ 731. 254

1. Linie: Kinder

§ 732. 255
§ 733. 256
§ 734. 256

2. Linie: Eltern und ihre Nachkommen

§ 735. 259
§ 736. 259
§ 737. 259

3. Linie: Großeltern und ihre Nachkommen

§ 738. 261
§ 739. 261
§ 740. 261

4. Linie: Urgroßeltern

§ 741. 262
§ 742. Mehrfache Verwandtschaft 263
§ 743. Ausschluss von entfernten Verwandten 263

III. Gesetzliches Erbrecht des Ehegatten und eingetragenen Partners

§ 744. 264
§ 745. Gesetzliches Vorausvermächtnis 266
§ 746. Auflösung der Ehe oder Partnerschaft 274
§ 747. Anspruch auf Unterhalt 278

IV. Außerordentliches Erbrecht und Aneignung durch den Bund

§ 748. Außerordentliches Erbrecht des Lebensgefährten 283
§ 749. Außerordentliches Erbrecht der Vermächtnisnehmer 285
§ 750. Aneignung durch den Bund 287
§ 751. Abweichungen von der allgemeinen Erbfolge 291

V. Anrechnung beim Erbteil

§ 752. 292
§ 753. 294

§ 754. 296
§ 755. Rechenmethode 296

Vierzehntes Hauptstück
Vom Pflichtteil und der Anrechnung auf den Pflichtteil

I. Allgemeines

1. Pflichtteilsberechtigung

Vor § 756 298
§ 756. 300
§ 757. 300
§ 758. 306

2. Höhe

§ 759. 309
§ 760. 310

3. Erfüllungsarten

§ 761. Leistung und Deckung des Pflichtteils 312
§ 762. Bedingungen und Belastungen 315
§ 763. Geldpflichtteil 318

4. Pflichtteilsschuldner

§ 764. 319

5. Anfall und Fälligkeit

§ 765. 323
§ 766. Stundung 327
§ 767. 330
§ 768. Sicherstellung des Pflichtteilsanspruchs und Anpassung einer Stundungsregelung 334

II. Ausschluss von der Pflichtteilsberechtigung

1. Enterbung

§ 769. Allgemeines 335
§ 770. Enterbungsgründe 337
§ 771. Enterbung aus guter Absicht 339
§ 772. Art der Erklärung und Ursächlichkeit des Grundes 341
§ 773. Widerruf der Enterbung und Verzeihung 341
§ 774. Beweislast 343
§ 775. Enterbung ohne Grund und Übergehung 344

2. Pflichtteilsminderung

§ 776. 350

3. Notwendiger Unterhalt des Pflichtteilsberechtigten

§ 777. 355

III. Pflichtteilsermittlung

1. Ermittlung und Berechnung des Pflichtteils

§ 778. 356
§ 779. 359

2. Anrechnung von Zuwendungen auf den Todesfall

Vor § 780 363
§ 780. 365

3. Hinzu- und Anrechnung von Schenkungen unter Lebenden

§ 781. 368

Vor § 782 383
§ 782. Schenkungen an nicht pflichtteilsberechtigte Personen 384
§ 783. Schenkungen an Pflichtteilsberechtigte 394
§ 784. Ausnahmen 399
§ 785. 402
§ 786. Auskunftsanspruch 404
§ 787. Rechenmethode 406
§ 788. 407

IV. Haftung des Geschenknehmers

§ 789. 410
§ 790. 414
§ 791. 417
§ 792. 419
§§ 793 – 796. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 420

Fünfzehntes Hauptstück
Erwerb einer Erbschaft

I. Voraussetzungen für den Erwerb einer Erbschaft

Vor § 797 420
§ 797. Einantwortungsprinzip 423
§ 798. Überlassung der Verlassenschaft 424
§ 799. Nachweis des Rechtstitels; Erbantrittserklärung 431
§ 800. Bedingte und unbedingte Erbantrittserklärung 431
§ 801. Wirkung der unbedingten Erbantrittserklärung 437
§ 802. Wirkung der bedingten Erbantrittserklärung 439
§ 803. Berechtigung zum Antritt oder zur Ausschlagung der Erbschaft 446
§ 804. 447
§ 805. 447
§ 806. 449
§ 807. 450
§ 808. 450
§ 809. Übertragung des Erbrechts 453

II. Vorkehrungen vor Einantwortung
1. Verwaltung

§ 810. 453

2. Sicherstellung oder Befriedigung der Gläubiger

§ 811. 461

3. Absonderung der Verlassenschaft vom Vermögen des Erben

§ 812. 463

4. Aufforderung der Verlassenschaftsgläubiger

§ 813. 473
§ 814. Wirkung der Aufforderung oder ihrer Unterlassung 473
§ 815. 473

5. Nachweis über die Erfüllung des letzten Willens

§ 816. Testamentsvollstrecker 476
§ 817. Nachweis der Testamentserfüllung 481
§ 818. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 483

III. Einantwortung und ihre Folgen

§ 819. Einantwortung 483
§ 820. Haftung mehrerer Erben 483
§ 821. 484
§ 822. *[aufgehoben durch BGBl I 2015/87]* 487
§ 823. Erbschafts- und Aneignungsklage 487
§ 824. Wirkung der Erbschafts- und Aneignungsklage 487

Anhang
Außerstreitgesetz – AußStrG

III. Hauptstück
Verlassenschaftsverfahren

1. Abschnitt
Vorverfahren

§ 143. Einleitung des Verfahrens 497
§ 144. Eingaben 497
§ 145. Todesfallaufnahme 498
§ 145 a. Erhebungen und Registereintragungen 498
§ 146. 499
§ 147. Sicherung der Verlassenschaft 499
§ 148. Freigabe 500
§ 149. Sperren 500
§ 150. Ausfolgungsverfahren 500
§ 151. Übermittlung und Übernahme letztwilliger Verfügungen 501

§ 152. 501
§ 153. Unterbleiben der Abhandlung 501
§ 154. Überlassung an Zahlungs statt 502
§ 155. 502

2. Abschnitt
Verlassenschaftsabhandlung

§ 156. Vertretungsvorsorge 503
§ 157. Erbantrittserklärung 503
§ 158. Unbekannte Erben und Pflichtteilsberechtigte 503
§ 159. 504
§ 160. Widersprechende Erbantrittserklärungen 504
§ 160 a. Einwände mit Bezug auf die in einer öffentlichen Urkunde beurkundeten Rechtsgeschäfte oder Rechtsverhältnisse und Bestreitung des Erbrechts bei fremdem Erbstatut 504
§ 161. Entscheidung über das Erbrecht 505
§ 162. 505
§ 163. 505
§ 164. 505
§ 165. Inventar 505
§ 166. 506
§ 167. 506
§ 168. Verfahren zur Errichtung des Inventars 507
§ 169. 507
§ 170. Vermögenserklärung 507
§ 171. Benützung, Verwaltung und Vertretung der Verlassenschaft 507
§ 172. 507
§ 173. 507
§ 174. Rechte der Gläubiger 508
§ 174 a. Pflegeleistungen 508
§ 175. 508
§ 176. Zur Einantwortung erforderliche Nachweise 508
§ 177. Einantwortung 509
§ 178. 509
§ 179. 510
§ 180. 510
§ 181. Übereinkommen über die Erbteilung, die Pflegeleistungen und die Stundung des Pflichtteils 510
§ 181 a. Verfahren bei ausländischem Erbstatut 510
§ 181 b. Europäisches Nachlasszeugnis 511

3. Abschnitt
Verfahren außerhalb der Abhandlung

§ 182. Verfahren nach Rechtskraft der Einantwortung 511
§ 182 a. Verfahren zur Anpassung eines ausländischen Erbrechtstitels 512
§ 183. Änderungen der Abhandlungsgrundlagen 512
§ 184. Erblose Verlassenschaft 512

§ 184 a. Anerkennung von Entscheidungen nach der EuErbVO 513
§ 185. Allgemeine Anordnungen 513
§ 191. Einwände gegen die Authentizität einer öffentlichen Urkunde in Verlassenschaftssachen 513
§ 207 k. Inkrafttreten und Übergangsbestimmung zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 87/2015 514
§ 207 m. Inkrafttreten und Übergangsbestimmung zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 59/2017 514
§ 207 o. Inkrafttreten und Übergangsbestimmung zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 58/2018 515

Stichwortverzeichnis 517

Literatur zur Erbrechtsreform 2015

Kommentare

Barth/Pesendorfer, Erbrechtsreform 2015 (2015)

Eccher, Die österreichische Erbrechtsreform (2017)

Fenyves/Kerschner/Vonkilch, ABGB[3] (Klang) §§ 531 – 551 (2016)
Fenyves/Kerschner/Vonkilch, ABGB[3] (Klang) §§ 552 – 646 (2017)

Kletečka/Schauer, ABGB-ON[Version] (seit 2010)
Koziol/Bydlinski/Bollenberger, Kurzkommentar zum ABGB[5] §§ 531 – 824 (2017)

Systematische Darstellungen und Lehrbücher

Apathy, Erbrecht[5] (2015)

Eccher, Erbrecht[6] (2016)

Fucik/Mondel, Das Verlassenschaftsverfahren nach der EuErbVO und dem Erbrechts-Änderungsgesetz 2015[2] (2016)

Schilchegger/Kieber, Österreichisches Verlassenschaftsverfahren[2] (2015)

Verweijen, Handbuch des Verlassenschaftsverfahrens[2] (2017)
Völkl/Bardeau, Erben neu (2016)

Winkler, Erbrecht[2] (2016)

Zankl, Erbrecht[8] (2017)

Sammelwerke und Monographien

Artmann/Rüffler/Torggler (Hrsg), Gesellschaftsrecht und Erbrecht (2016)

Barth/Pesendorfer (Hrsg), Praxishandbuch des neuen Erbrechts (2016)

CMS Reich-Rohrwig Hainz (Hrsg), Erbrecht 2017 – Richtig vererben, Fehler vermeiden (2016)
Cohen, Drittbegünstigung auf den Todesfall (2016)

Deixler-Hübner/Schauer (Hrsg), Erbrecht neu (2015)

Graisy, Vererbung von GmbH-Geschäftsanteilen (2016)
Gruber/Kalss/Müller/Schauer (Hrsg), Erbrecht und Vermögensnachfolge[2] (2018)

E. Keinert, Schenkung auf den Todesfall (2015)
Kogler, Formvorschriften im neuen Erbrecht (2016)

Rabl/Zöchling-Jud (Hrsg), Das neue Erbrecht (2015)

Umlauft, Die Hinzu- und Anrechnung von Schenkungen im Erb- und Pflichtteilsrecht nach dem ErbRÄG 2015[2] (2018)

Einzeluntersuchungen

Aichberger-Beig, Mietrecht, in *Gruber/Kalss/Müller/Schauer* (Hrsg), Erbrecht und Vermögensnachfolge[2] (2018) 178
Aichberger-Beig, Eigentümerpartnerschaft, in *Gruber/Kalss/Müller/Schauer* (Hrsg), Erbrecht und Vermögensnachfolge[2] (2018) 188

Aichhorn, Vermögensaufteilung und Erbrecht bei nichtehelicher Lebensgemeinschaft, in *Gruber/Kalss/Müller/Schauer* (Hrsg), Erbrecht und Vermögensnachfolge[2] (2018) 1410
Aigner, Das ErbRÄG 2015 und seine Auswirkungen auf die allgemeine Auslegungsregel und das Irrtumsrecht, NZ 2018, 121
Apathy, Pflegevermächtnis und ungerechtfertigte Bereicherung, iFamZ 2016, 112
Apathy, Zur Hinzurechnung und Anrechnung im neuen Erbrecht, ÖJZ 2016, 805
Apathy, Hinzu- und Anrechnung im neuen Erbrecht, in *Artmann/Rüffler/Torggler,* Gesellschaftsrecht und Erbrecht (2016) 1
Apathy, Das gesetzliche Vermächtnis des Wohnrechts und des Hausrats nach dem ErbRÄG 2015, Zak 2017, 47
Arnold, Privatstiftung und Pflichtteilsrecht – Änderungen durch das ErbRÄG 2015 und die EU-ErbVO, GesRZ 2015, 346
Arnold/Schwarzenegger, Die erbrechtliche Position von Kindeskindern nach dem ErbRÄG 2015, JBl 2017, 152
Aschauer, Unternehmensbewertung bei erbrechtlichen Bewertungsanlässen, in *Artmann/Rüffler/Torggler* (Hrsg), Gesellschaftsrecht und Erbrecht (2016) 69

Barth, Das neue Pflichtteilsrecht – Die Änderungen durch das ErbRÄG 2015 im Überblick, iFamZ 2015, 237
Barth, Pflichtteilsrecht neu, in *Barth/Pesendorfer* (Hrsg), Praxishandbuch des neuen Erbrechts (2016) 157
Barth/Pesendorfer, Die Erbrechtsreform 2015 – Neues Pflichtteilsrecht mit spürbaren Erleichterungen für Unternehmen, SWK 31/2015, 1422
Binder/Giller, Pflichtteilsrecht, in *Gruber/Kalss/Müller/Schauer,* Erbrecht und Vermögensnachfolge[2] (2018) 202
Bittner, Nachlassteilung, in *Gruber/Kalss/Müller/Schauer* (Hrsg), Erbrecht und Vermögensnachfolge[2] (2018) 509
Bittner/Hawel, Verlassenschaftsverfahren, in *Gruber/Kalss/Müller/Schauer* (Hrsg), Erbrecht und Vermögensnachfolge[2] (2018) 382
Blümel, ErbRÄG 2015 – Die Schenkung auf den Todesfall, Zak 2016, 264
Brandstätter, Die neue Verjährung erbrechtlicher Ansprüche, Zak 2017, 44
Brandstätter, Die Stellung des Lebensgefährten im neuen Erbrecht, Zak 2017, 84
Brehm, Die Stundung des Pflichtteils, Zak 2017, 87
Bruckbauer, Die Schenkung auf den Todesfall und das reine Viertel nach dem ErbRÄG 2015, NZ 2017, 290
Bruckbauer, Die Übergangsregelungen für die Anwendung des reinen Viertels auf die Schenkung auf den Todesfall nach dem ErbRÄG 2015 – Eine Analyse des § 1503 Abs 7 ABGB, iFamZ 2017, 397
P. Bydlinski, Zum Projekt einer (vor allem) sprachlichen Neufassung des über 200 Jahre alten privatrechtlichen Zentralgesetzes, ÖJZ 2015, 869
P. Bydlinski, Zur sprachlichen Modernisierung des Erbrechts im ABGB, in *Rabl/Zöchling-Jud* (Hrsg), Das neue Erbrecht (2015) 13

Cach, ErbRÄG 2015 – Die Stellung des Lebensgefährten im Rahmen der gesetzlichen Erbfolge, Zak 2016, 267
Cach/Brehm, Die Stundung des Pflichtteils – ein „attraktives Werkzeug" im Rahmen der Unternehmensnachfolge? JEV 2015, 137
Cach/Nicolussi, Erbrechts-Änderungsgesetz 2015, GesRZ 2015, 220
Christandl, Die Lebensgemeinschaft im gesetzlichen Erbrecht – zur Überwindung der reinen Statusorientierung im Intestaterbrecht, JBl 2016, 21
Christandl/Nemeth, Das neue Erbrecht – ausgewählte Einzelfragen, NZ 2016, 1

Paragrafenspiegel[1]

ABGB

Vom ErbRÄG 2015 betroffene Bestimmungen

nF	aF
199	199
233	233
269	269
308	308
531	531
532	532
533	533
534	534
535	535
536 Abs 1	536 S 1; 545 S 2
536 Abs 2	536 S 2
537 Abs 1	537
537 Abs 2	–
538	538
539	540
540	542
541 Z 1, 2	–
541 Z 3	540
542	541
543 Abs 1 S 1	545 S 1
543 Abs 1 S 2	546
543 Abs 2	–
546	–
547	547
548	548
549	549
550	550
551 Abs 1	551 S 1 – 2
551 Abs 2	551 S 3

aF	nF
199	199
233	233
269	269
308	308
531	531
532	532
533	533
534	534
535	535
536 S 1	536 Abs 1
536 S 2	536 Abs 2
537	537 Abs 1
537 a	–
538	538
539	–
540	539; 541 Z 3
541	542
542	540
544	–
545 S 1	543 Abs 1 S 1
545 S 2	536 Abs 1
546	543 Abs 1 S 2
547	547
548	548
549	549
550	550
551 S 1 – 2	551 Abs 1
551 S 3	551 Abs 2
552	552 Abs 1

1 Die Paragrafengegenüberstellung soll das Auffinden der korrespondierenden Bestimmung aF – nF erleichtern; sie bedeutet aber nicht, dass die einzelnen Bestimmungen inhaltlich unverändert geblieben sind. Sie wurde entnommen aus *Barth/Pesendorfer*, Erbrechtsreform 2015 (2015).

nF	aF
552 Abs 1	552
552 Abs 2	553
553	655
554	554
555	555
556	556
557	557
558	558
559	559
560 Abs 1	560
560 Abs 2	560 letzter HS
563	563
564	564
565	565
566	–
567	566
568	567
569	569
570	570
571	571
572	572
575	575
576	576
577	577
578	578
579	579
580 Abs 1	580
580 Abs 2	581 S 1
581 Abs 1 – 2	587
581 Abs 3	588
582 Abs 1	589
582 Abs 2	590
583	–
584	597
585	582
586 Abs 1	583
586 Abs 2	1248
587	591
588	594

aF	nF
553	552 Abs 2
554	554
555	555
556	556
557	557
558	558
559	559
560 Abs 1	560
560 Abs 2	560 letzter HS
561	–
562	–
563	563
564	564
565	565
566	567
567	568
568	–
569	569
570	570
571	571
572	572
573	–
575	575
576	576
577	577
578	578
579	579
580	580 Abs 1
581 S 1	580 Abs 2
581 S 2	590
582	585
583	586 Abs 1
587	581 Abs 1 – 2
588	581 Abs 3
589	582 Abs 1
590	582 Abs 2
591	587
594	588
595	591

Einleitung

Literatur zum ErbRÄG 2015: *Aigner,* Das ErbRÄG 2015 und seine Auswirkungen auf die allgemeine Auslegungsregel und das Irrtumsrecht, NZ 2018, 121; *Apathy,* Erbrecht[5] (2015); *Barth/Pesendorfer,* Erbrechtsreform 2015 (2015); *Barth/Pesendorfer* (Hrsg), Praxishandbuch des neuen Erbrechts (2016); *P. Bydlinski,* Zur sprachlichen Modernisierung des Erbrechts im ABGB, in *Rabl/Zöchling-Jud* (Hrsg), Das neue Erbrecht (2015) 13; *Christandl/Nemeth,* Das neue Erbrecht – ausgewählte Einzelfragen, NZ 2016, 1; *Deixler-Hübner/Schauer* (Hrsg), Erbrecht neu (2015); *Eccher,* Die österreichische Erbrechtsreform (2017); *Fischer-Czermak,* Die Reform des Erbrechts aus der Sicht der Wissenschaft, in *Deixler-Hübner/Schauer* (Hrsg), Erbrecht neu (2015) 19; *Fischer-Czermak,* Verträge auf den Todesfall – Neuerungen durch das ErbRÄG 2015, EF-Z 2016, 228; *Kathrein,* Das neue Erbrecht, EF-Z 2016, 4; *Kathrein,* Die Reform des österreichischen Erbrechts 2015 – Rechtspolitische Ziele, in *Deixler-Hübner/Schauer* (Hrsg), Erbrecht neu (2015) 1; *Pesendorfer,* Die Erbrechtsreform im Überblick, iFamZ 2015, 230; *Pesendorfer,* Hintergründe und Ziele der Reform, in *Barth/Pesendorfer* (Hrsg), Praxishandbuch des neuen Erbrechts (2016) 3; *Rabl/Zöchling-Jud* (Hrsg), Das neue Erbrecht (2015); *Rabl,* Das Erbrechtsänderungsgesetz 2015, in *Rabl/Zöchling-Jud* (Hrsg), Das neue Erbrecht (2015) 1; *Welser,* Die Reform des österreichischen Erbrechts, GA 17. ÖJT II/1 (2009).

Übersicht

	Rz
I. Reformbedarf und Reform	1
II. Umnummerierung der Paragraphen, Modernisierung der Sprache	4
III. Übergangsbestimmungen	6

I. Reformbedarf und Reform

Das österreichische Erbrecht wurde 2015 grundlegend reformiert: Das ErbRÄG 2015, BGBl I 2015/87, das im Wesentlichen am **1. 1. 2017 in Kraft getreten** ist, versteht sich als **Gesamtreform** des österreichischen Erbrechts (*Rabl* in *Rabl/Zöchling-Jud,* Erbrecht 1). Manche halten sie – wohl unter Vernachlässigung der drei Teilnovellen und aller familien- und eherechtlichen Änderungen – gar für „die größte Reform des österreichischen bürgerlichen Gesetzbuchs seit 1811" (vgl zB *Christandl/Nemeth,* NZ 2016, 1). Siehe hiezu auch Vor § 531 Rz 2 ff. Trotz jahrelanger Diskussion wurde die eigentliche Reformarbeit unter Zeitdruck geleistet. Manche Lösungen wurden zuletzt noch vom JA geändert, zT sogar im Vergleich zur RV in ihr Gegenteil verkehrt, zB die Behandlung der Schenkung auf den Todesfall, die Frist für die Berücksichtigung von Schenkungen an dritte Personen im Pflichtteilsrecht und die Regelung des Motivirrtums. **1**

Der wichtigste **Reformbedarf** bestand im Pflichtteilsrecht (*Welser,* Erbrechtsreform 1 ff), besonders bei den Anrechnungsregeln (*Welser,* Erbrechtsreform 129 mwN). Darüber hinaus war der Bedarf nach inhaltlichen Änderungen weniger dringend. Schwerpunktmäßig bringt die Reform wesentliche Änderungen der **pflichtteilsrechtlichen** Vorschriften, besonders der Anrechnung von Zuwendungen des Erblassers unter Lebenden, und die Abschaffung des Pflichtteilsrechts der Aszendenten. Weiters kam es zur Einführung eines **Pflegevermächtnisses** (*Welser,* Erbrechtsreform 20; *Fischer-Czermak* in *Rabl/Zöchling-Jud,* Erbrecht 38), zur Einführung eines außerordentlichen Erbrechts für **Lebensgefährten** (§ 748), eines Vorausvermächtnisses zu seinen Gunsten (§ 745 Abs 2) und einer weiteren **Vergrößerung** des gesetzlichen Erbteils des **Ehegatten** (und des eingetragenen Partners) zu Lasten der Aszendenten und der Geschwister des Erblassers (§ 744). **2**

3 Im Testamentsrecht wurde die besondere Testamentsform für Personen unter **Sachwalterschaft** beseitigt und das **fremdhändige Testament** umgestaltet (§ 579). Ferner kam es zu einer Änderung und Ausweitung der **Befangenheitsregeln** für die Testamentszeugen (§ 588) und schließlich zu Vorschriften über eine von Gesetzes wegen eintretende Aufhebung letztwilliger Verfügungen als Folge einer **Ehescheidung** oder der Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft des Testators, der die Aufhebung anderer familienrechtlicher Verhältnisse gleichgestellt wurde (§ 725). Noch im letzten Augenblick hat der JA die Bestimmungen über die **Schenkung** auf den **Todesfall** geändert, so dass nunmehr der Beschenkte als Erblassergläubiger zu behandeln ist (§ 603). Die meisten anderen Reformen, wie jene der **Erbunfähigkeit,** der **Erbunwürdigkeit** und der **Enterbung** (§§ 539 ff, 769 ff) haben nicht dasselbe Gewicht wie die gerade erwähnten. Von größter Bedeutung ist die Einführung genereller Verjährungsbestimmungen für alle erbrechtlichen Ansprüche (§ 1487 a).

II. Umnummerierung der Paragraphen, Modernisierung der Sprache

4 Das ErbRÄG 2015 hat die **Nummernbezeichnung vieler Paragraphen** geändert, wodurch allerdings die Benützung der bisherigen **Literatur** und **Judikatur** erschwert wurde. Die Sprache des ABGB sollte „behutsam modernisiert werden". Zu ca 180 Paragraphen erklären die ErlRV, dass es sich nur um eine sprachliche Neufassung handle, womit keine Änderung des Gesetzesinhalts bewirkt werde, doch ist dies nicht immer gelungen, s zB § 601.

5 Das ErbRÄG 2015 hat auch eine ganze Reihe bisher vom Gesetz verwendeter Begriffe durch andere ersetzt. Hiezu ausf Vor § 531 Rz 3 ff. Besonders die Abschaffung des Begriffes **„Erblasser"** wurde vielfach kritisiert (vgl nur *Geroldinger,* NZ 2017, 129; *Christandl/Nemeth,* NZ 2016, 2; *Schauer* in FS Eccher 1013; *Rabl* in *Rabl/Zöchling-Jud,* Erbrecht 6; *Fischer-Czermak/Pierer* in *Fenyves/Kerschner/Vonkilch,* Klang[3] §§ 552, 553 Rz 35; *Aigner,* NZ 2018, 121).

III. Übergangsbestimmungen

Literatur zum ErbRÄG 2015: *Barth/Pesendorfer,* Erbrechtsreform 2015 (2015) 151; *Fischer-Czermak,* Verträge auf den Todesfall – Neuerungen durch das ErbRÄG 2015, EF-Z 2016, 228; *Kogler,* Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen des neuen Erbrechts, EF-Z 2016, 60; *Rucker,* Die Anrechnung im neuen Erbrecht, NZ 2016, 91; *Schamberger,* Keine teleologische Reduktion des § 1503 Abs 7 Z 9 ABGB, NZ 2018, 289; *Schauer,* Das neue Erbrecht – Grundlegende Wertungen und ausgewählte Einzelfragen, ÖJZ 2017, 53.

6 Die **Übergangsbestimmungen** zum ErbRÄG 2015 finden sich in **§ 1503 Abs 7 ABGB.** Im Wesentlichen gilt für das Inkrafttreten des neuen Rechts Folgendes:

7 Die überwiegende Zahl der neuen Bestimmungen trat am **1. 1. 2017** in Kraft (§ 1503 Abs 7 Z 1).

8 Das neue Gesetz ist anzuwenden, wenn der Erblasser **nach** dem **31. 12. 2016** gestorben ist (§ 1503 Abs 7 Z 2). Das gilt va für die Bestimmungen über das gesetzliche Erbrecht und das Pflichtteilsrecht. Die Anknüpfung des Pflichtteilsrechts an die zum Zeitpunkt des Todes des Erblassers verbindliche Rechtslage umfasst auch die Regelungen über die Enterbung, die Pflichtteilsminderung und die Pflichtteilsdeckung sowie die Hinzu- und Anrechnung von Zuwendungen (ErlRV zu § 1503 Abs 7 nF).

9 Die Neuregelung der Aufhebung von **Erbverzichten** (§ 551 Abs 1) gilt für **Aufhebungen** nach dem **31. 12. 2016** (§ 1503 Abs 7 Z 3).

10 Anordnungen der Gerichte nach § 568 in der bis 31. 12. 2016 geltenden Fassung, wonach eine Person unter Sachwalterschaft nur mündlich vor Gericht oder Notar testieren kann, verlieren mit 1. 1. 2017 ihre Gültigkeit (§ 1503 Abs 7 Z 4 a). Gleiches gilt insoweit für die vor dem 1. 1.

2005 erlassenen gerichtlichen Beschlüsse über die Bestellung eines Sachwalters, mit denen die Einschränkung der Testierfreiheit der behinderten Person verbunden war. Art IV § 8 Familien- und Erbrechts-Änderungsgesetz 2004, BGBl I 2004/58, wurde mit Ablauf des 31. 12. 2016 aufgehoben (§ 1503 Abs 7 Z 4b). Allerdings bleiben die auf diesen Grundlagen errichteten letztwilligen Verfügungen aufrecht.

11 Die neuen **§§ 577** bis **591** und **603** gelten für letztwillige Verfügungen und Schenkungen auf den Todesfall **nach** dem **31. 12. 2016** (§ 1503 Abs 7 Z 5). Der Zeitpunkt der rechtsgeschäftlichen Handlung ist nach Z 5 auch für die Gültigkeit der Errichtung letztwilliger Verfügungen sowie einer Schenkung auf den Todesfall und nach Z 7 auch für Vereinbarungen über die Anrechnung von Zuwendungen auf den Erbteil oder Pflichtteil sowie den Erlass solcher Anrechnungen maßgebend. Die Gültigkeit der Errichtung von letztwilligen Verfügungen oder von Vereinbarungen ist aus Gründen des Vertrauensschutzes nämlich stets an den Zeitpunkt der Errichtung zu knüpfen (ErlRV). Im Übrigen gilt auch für ältere Vereinbarungen das neue Recht. Zur Problematik der Übergangsregelung bei Schenkungen auf den Todesfall s va *Fischer-Czermak,* EF-Z 2016, 231f; gegen diese *Schauer,* ÖJZ 2017, 53.

12 **§ 750 Abs 2** trat schon am **17. 8. 2016** in Kraft und ist anzuwenden, wenn der Erblasser an diesem Tag oder danach gestorben ist (§ 1503 Abs 7 Z 6).

13 Die **§§ 752, 753** und **785** gelten für Anrechnungsvereinbarungen und Anrechnungsaufhebungen nach dem 31. 12. 2016 (§ 1503 Abs 7 Z 7). Damit sind allerdings nur die **Formvorschriften** der §§ 752f und des § 785 gemeint, weil diese nach dem Zeitpunkt der rechtsgeschäftlichen Handlung zu beurteilen sind (ErlRV; *Barth/Pesendorfer,* Erbrechtsreform 154). Im Übrigen gilt auch hier für ältere Vereinbarungen das neue Recht.

14 Die **§§ 797** bis **809, 811** bis **817, 819** bis **821, 823, 824** gelten für **Verlassenschaftsverfahren,** die nach dem 31. 12. 2016 **anhängig** gemacht wurden (§ 1503 Abs 7 Z 8). Maßgebend ist also die Einleitung des Verfahrens.

15 Die **Verjährungsbestimmung** des **§ 1487a** ist anzuwenden, wenn das Recht am 1. 1. 2017 nach den bisher maßgebenden Vorschriften **nicht verjährt** war. Mit 1. 1. 2017 beginnt bei Anwendung des § 1487a auch die kenntnisabhängige Dreijahresfrist (§ 1503 Abs 7 Z 9). Nach *Schamberger* in NZ 2018, 289 geht zwar der Wortlaut des § 1503 Abs 7 Z 9 über die Absicht des Gesetzgebers hinaus, doch fehlen die Voraussetzungen einer teleologischen Reduktion, so dass am Wortlaut festzuhalten ist.

Achtes Hauptstück
Vom Erbrecht allgemein

I. Begriffe

Vor § 531

Literatur: *Gruber,* Der grundrechtliche Schutz des Erbrechts, in GedS Mayer-Maly (2011) 207; *Mayer-Maly,* Der grundrechtliche Schutz des Erbrechts, in FS Adamovich (1992) 430; *Rabl,* Änderungen im Erbrecht durch das Erste Bundesrechtsbereinigungsgesetz, NZ 1999, 229; *Rabl,* Das Nachlaßinventar – Inhalt und Zweck, NZ 1999, 129; *Welser,* Die Reform des österreichischen Erbrechts, in FS Hopf (2007) 249; *Welser,* Die Reform des österreichischen Erbrechts, GA 17. ÖJT II/1 (2009); *Welser,* Die Reform des Ehegattenerbrechts? in FS Benn-Ibler (2011) 345; *Welser,* Die Entwicklung des österreichischen Erbrechts und seine Zukunftsperspektiven, Liber amicorum Ján Lazar (2014); *Welser,* Die Entwicklung des Erbrechts, in FS 200 Jahre ABGB I (2012) 713; *Welser,* Reformbedarf bei den letztwilligen Verfügungen, in FS Simotta (2012) 699; *Welser,* Die Reform des österreichischen Erbrechts, NZ 2012, 1; *Welser,* Anrechnung von Vorempfängen auf den Schenkungspflichtteil? Rechtslage und Reformbedarf, in FS Torggler (2013) 129.

Literatur zum ErbRÄG 2015: *Aigner,* Das ErbRÄG 2015 und seine Auswirkungen auf die allgemeine Auslegungsregel und das Irrtumsrecht, NZ 2018, 121; *Apathy,* Erbrecht[5] (2015); *Barth/Pesendorfer,* Erbrechtsreform 2015 (2015); *Barth/Pesendorfer* (Hrsg), Praxishandbuch des neuen Erbrechts (2016); *P. Bydlinski,* Zur sprachlichen Modernisierung des Erbrechts im ABGB, in *Rabl/Zöchling-Jud* (Hrsg), Das neue Erbrecht (2015) 13; *P. Bydlinski,* Zum Projekt einer (vor allem) sprachlichen Neufassung des über 200 Jahre alten privatrechtlichen Zentralgesetzes, ÖJZ 2015, 869; *Christandl/Nemeth,* Das neue Erbrecht – ausgewählte Einzelfragen, NZ 2016, 1; *Deixler-Hübner/Schauer* (Hrsg), Erbrecht neu (2015); *Eccher,* Die österreichische Erbrechtsreform (2017); *Fischer-Czermak,* Die Reform des Erbrechts aus der Sicht der Wissenschaft, in *Deixler-Hübner/Schauer* (Hrsg), Erbrecht neu (2015) 19; *Geroldinger,* „Stichtagsprinzip" und Fälligkeitskonzept des neuen Pflichtteilsrechts – Zwei Danaergeschenke? NZ 2017, 128; *Kalss/Klampfl,* Das neue Erbrecht nach der Reform – eine Übersicht zur Überprüfung Ihrer Vermögensnachfolgeplanung, JEV 2016, 152; *Kathrein,* Das neue Erbrecht – Einige Ziele und Schwerpunkte der Reform, EF-Z 2016, 4; *Kathrein,* Die Reform des österreichischen Erbrechts 2015 – Rechtspolitische Ziele, in *Deixler-Hübner/Schauer* (Hrsg), Erbrecht neu (2015) 1; *Kogler,* Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen des neuen Erbrechts, EF-Z 2016, 60; *Kolmasch,* Erbrechts-Änderungsgesetz, Zak 2015, 250; *Milicevic,* Das Erbrechtsänderungsgesetz 2015, AnwBl 2017, 3; *Rabl/Zöchling-Jud* (Hrsg), Das neue Erbrecht (2015); *Rabl,* Das Erbrechts-Änderungsgesetz 2015, in *Rabl/Zöchling-Jud* (Hrsg), Das neue Erbrecht (2015) 1; *Reich-Rohrwig/Rizzi/Szilagyi/Zimmermann/Call,* Erbrecht 2017 (2016); *Schauer,* Der Erblasser ist tot – es lebe der Verstorbene! in FS Eccher (2017) 1013; *Schauer/Motal/Reiter/Hofmair/Wöss,* Erbrechtsreform: Paradigmenwechsel oder Window Dressing? JEV 2015, 40.

Übersicht

		Rz
I.	Rechtsquellen	1
II.	Begriffe und Terminologie	3
III.	Erbrecht und Privateigentum	13
IV.	Erbrecht und Verjährung	14

I. Rechtsquellen

Das **Erbrecht** ist in den Hauptstücken 8 – 15 (§§ 531 – 824) geregelt, doch finden sich erbrechtliche Bestimmungen auch an anderen Stellen des ABGB und in Nebengesetzen (Zur älteren Rechtslage *Weiß* in *Klang* III[2] 1 ff). Übersicht zu den von der Erbrechtsreform betroffenen Bestimmungen s *Barth/Pesendorfer,* Erbrechtsreform 253 ff. **1**

2 Eine wichtige Rechtsquelle waren früher auch **HfD.** Mit Ausnahme des HfD vom 3. 6. 1846 JGS 968 über die Unpfändbarkeit des Erbrechts zwischen Anfall und Einantwortung (s dazu § 532 Rz 6) wurden sie aber durch das **1. BRBG** mit Wirkung 1. 1. 2000 aufgehoben (vgl *Rabl,* NZ 1999, 229 f). Gem § 5 Abs 1 des 1. BRBG sind die entsprechenden HfD auf Sachverhalte, die sich nach dem 1. 1. 2000 ereignen, nicht mehr anwendbar. Das HfD vom 3. 6. 1846 JGS 968 trat mit 31. 12. 2009 außer Kraft. Aus der bloßen **Aufhebung** darf aber **nicht zwingend** auf eine **Änderung** der Rechtslage geschlossen werden, da Zweck des „Bereinigungsgesetzes" nicht so sehr eine materielle Rechtsänderung, sondern die (formelle) Rechtsklarheit sein sollte. Nunmehr wurde das österreichische Erbrecht durch das **ErbRÄG 2015,** BGBl I 2015/87, **grundlegend** reformiert. Es handelt sich dabei um die umfassendste und wichtigste Änderung des Erbrechts seit Erlassung des ABGB. Siehe hiezu schon Einleitung Rz 1 ff.

II. Begriffe und Terminologie

3 Das **objektive Erbrecht** ist die Summe (der „Inbegriff") der Normen, die das **Schicksal** des vererblichen **Vermögens** eines Verstorbenen regeln. Die bisher in § 531 aF enthaltene Wendung „Inbegriff der Rechte und Pflichten" wurde vom ErbRÄG 2015 entfernt. Allerdings ist das für die Umschreibung des objektiven Rechts übliche Wort „Inbegriff" weiterhin Bestandteil der Definition des bürgerlichen Rechts in § 1 ABGB.

4 Das **subjektive Erbrecht iwS** ist das Recht, auf Grund des Todes des Erblassers etwas aus seinem Nachlass zu erhalten. Dazu gehören das subjektive Erbrecht im engeren Sinn, aber auch gewisse relative Rechte.

5 Das **subjektive Erbrecht ieS** ist die Befugnis, die Verlassenschaft **ganz** oder zu einem nach **Quoten** bestimmten Teil für sich in Anspruch zu nehmen und damit **Universalsukzessor** des Erblassers zu werden, s § 532 Rz 2; es ist ein gegenüber jedermann durchsetzbares und somit **absolutes Erwerbsrecht,** das mit dem Tode des Erblassers entsteht und dann veräußerlich und vererblich ist, *Welser/Zöchling-Jud* II[14] Rz 1820. Die Einordnung als Sachenrecht in § 308 ABGB wurde in der Wissenschaft kritisiert, weil das Erbrecht zwar **absoluten** Charakter hat (sogar gegen die Absolutheit: *P. Bydlinski* in *Rabl/Zöchling-Jud,* Erbrecht 20), ihm jedoch zum Sachenrecht die unmittelbare Sachherrschaft fehlt. Das ErbRÄG 2015 hat deshalb das Erbrecht aus der programmatischen Aufzählung der dinglichen Rechte in § 308 gestrichen und § 532 S 2 entfallen lassen, der das Erbrecht als „dingliches Recht" bezeichnet hatte. Da das Erbrecht allerdings weiter im 2. Teil des ABGB **(Von den Sachenrechten),** und zwar in der 1. Abteilung **(Von den dinglichen Rechten)** geregelt ist, hat sein Entfall in § 308 keinerlei Folgen.

6 Der Verstorbene hieß im Erbrecht bisher **Erblasser.** Das ErbRÄG 2015 hat allerdings gemeint, dieser Ausdruck wäre heute nicht mehr verständlich und verwendet daher an seiner Stelle nur noch die Worte „der **Verstorbene"** oder „der **letztwillig Verfügende**". Dies hat allerdings zT zu umständlichen Formulierungen und merkwürdig anmutenden Texten geführt („der Tod des Verstorbenen" – § 536 – „die letztwillige Verfügung des Verstorbenen" uä). Im Gegensatz hiezu spricht die EuErbVO vom Erblasser. Dasselbe gilt für das deutsche und das schweizerische Recht. Zur Kritik s zB *Geroldinger,* NZ 2017, 129 und die Nw in Einleitung Rz 5.

7 Das vom Erblasser hinterlassene vererbliche Vermögen heißt **Nachlass** oder **Verlassenschaft.** Das ErbRÄG 2015 hat allerdings das Wort „Nachlass" eliminiert und verwendet **nur** noch das Wort **„Verlassenschaft",** anders die EuErbVO und § 40 UGB. Als Grund hiefür wurde die Notwendigkeit der Übereinstimmung mit der Terminologie des AußStrG genannt. Kritik zB bei *Fischer-Czermak/Pierer* in *Fenyves/Kerschner/Vonkilch,* Klang[3] §§ 552, 553 Rz 36. Zu **unterscheiden** ist zwischen der **materiellen Zugehörigkeit** einer Sache zur Verlassenschaft und

ihrer Einbeziehung in das **Abhandlungsverfahren** einerseits und ihrer Aufnahme in das **Inventar** andererseits, bei der auch die Besitzverhältnisse eine Rolle spielen (s § 802 Rz 9).

Der **„subjektiv Erbberechtigte",** der den Nachlass **ganz** oder zu einem **nach Quoten** bestimmten Teil in Anspruch nehmen kann, heißt nach wie vor **Erbe,** der Nachlass von ihm aus gesehen **„Erbschaft",** ein Begriff, den das ErbRÄG 2015 aus § 532 entfernt hat. **8**

Die – außer dem Erben – sonstigen „subjektiv Erbberechtigten" **(iwS)** haben nur ein **relatives Recht.** Dazu gehörten nach der bisherigen Terminologie die **Noterben** oder **Pflichtteilsberechtigten** und die **Vermächtnisnehmer** oder **Legatare.** Das ErbRÄG 2015 hat vom Begriff „Noterbe" Abstand genommen, weil das Pflichtteilsrecht idR kein Erbteil, sondern ein schuldrechtlicher Anspruch ist. Dabei muss allerdings im Auge behalten werden, dass der Pflichtteil auch als Erbteil hinterlassen werden kann. Deshalb ist auch weiterhin zwischen Pflichtteilsrecht und Pflichtteilsanspruch zu unterscheiden, s Vor § 756 Rz 3. Ebenso hat das ErbRÄG die Begriffe **„Legat"** und **„Legatare"** durch **Vermächtnis** und **Vermächtnisnehmer** ersetzt. Über den Antrag einer Person, die in Österreich ein dem österreichischen Recht **unbekanntes dingliches Recht** geltend machen will, das ihr nach dem auf die Rechtsnachfolge von Todes wegen anzuwendenden Recht zusteht, ist mit Beschluss nach Art 31 EuErbVO zu entscheiden (§ 182a AußStrG). **9**

Von wichtigen erbrechtlichen Begriffen hat das ErbRÄG außerdem die **„gemeine Substitution"** durch „**Ersatzerbschaf**t", die **„fideikommissarische Substitution"** durch **„Nacherbschaft"** und das **„Heimfallsrecht des Staates"** durch die Worte **„Aneignung durch den Bund"** ersetzt. Eine letztwillige Verfügung ohne Erbeinsetzung heißt nun nicht mehr **Kodizill,** sondern „andere letztwillige Verfügung" oder „sonstige letztwillige Verfügung". Kritisch hiezu etwa *Fischer-Czermak/Pierer* in *Fenyves/Kerschner/Vonkilch,* Klang[3] §§ 552, 553 Rz 39. **10**

Somit ergibt sich für die **gesetzliche Terminologie** des ErbRÄG 2015 (vgl auch *Pesendorfer,* iFamZ 2015, 230): **11**

- **Erblasser** ist nunmehr Verstorbener oder letztwillig Verfügender;
- **Nachlass** ist nunmehr Verlassenschaft;
- **Noterben** sind nur noch Pflichtteilsberechtigte;
- **Legat** heißt nur noch Vermächtnis;
- **Legatar** ist nur noch Vermächtnisnehmer;
- **gemeine Substitution** ist nur noch Ersatzerbschaft;
- **fideikommissarische Substitution** ist nur noch Nacherbschaft;
- **Heimfallsrecht** heißt nun Aneignung durch den Bund;
- **Kodizill** heißt nur noch „andere" oder „sonstige letztwillige Verfügung".

In diesem Kommentar werden selbstverständlich alle **gesetzlichen Bestimmungen** in der Terminologie des ErbRÄG abgedruckt. Dasselbe gilt für die **ErlRV** und wörtliche Zitate, welche selbst die gesetzlichen Begriffe verwenden. ME ist allerdings die Erbrechtswissenschaft nicht an die vom Gesetz ausschließlich verwendeten Begriffe gebunden. Wie in anderen wissenschaftlichen Arbeiten zum neuen Gesetz (zumindest für Erblasser und Nachlass zB von *Christandl/Nemeth,* NZ 2016, 2) werden daher auch die **bisherigen,** zT international gebräuchlichen **Termini** wie Erblasser, Nachlass, Legat usw verwendet. **12**

III. Erbrecht und Privateigentum

Das Erbrecht steht in engem **Zusammenhang** mit der Institution des **Privateigentums** (dazu *Mayer-Maly* in FS Adamovich 430; s auch *Gruber* in GedS Mayer-Maly 207); ohne ein solches gäbe es auch keine Möglichkeit, etwas zu vererben. Die Abschaffung des Erbrechts würde bei **13**

Beibehaltung des Privateigentums zur **Vorwegnahme** der Erbfolge durch Geschäfte unter Lebenden führen, *Ehrenzweig,* FamuErbR 355f; *Welser/Zöchling-Jud* II[14] Rz 1827.

IV. Erbrecht und Verjährung

14 Erbrechtliche Rechte **verjähren** seit dem ErbRÄG 2015 gem § 1487a generell in **drei Jahren** ab Kenntnis der für das Bestehen des Anspruchs maßgebenden Tatsachen und unabhängig davon in **dreißig Jahren** ab dem Tod des Erblassers. § 1487a nennt dabei ausdrücklich den Fall, dass nach Einantwortung ein besseres oder gleiches Recht geltend gemacht wird, womit zweifellos **auch** die **Erbschaftsklage** erfasst ist, s §§ 823, 824 Rz 26. Ob nur einzelne Ansprüche oder auch das Erbrecht selbst verjähren kann, ist allerdings strittig (hiezu *Mondel* in *Fenyves/Kerschner/Vonkilch,* Klang[3] § 532 Rz 30 mit zahlreichen mwN). Auch wenn man Unverjährbarkeit des Rechts annimmt (s RIS-Justiz RS0110949), ist dies bedeutungslos, wenn man gleichzeitig die Verjährbarkeit der Erbschaftsklage bejaht. Man wird nämlich die Erbschaftsklage vom Erbrecht ebensowenig trennen können, wie die rei vindicatio vom Eigentum. ME ist daher auch die **Verjährbarkeit** des Erbrechts zu **bejahen** (aA RIS-Justiz RS0110949). Die Verjährungsfristen gelten allerdings nur für **formgerechte** letztwillige Verfügungen (*Dehn* in KBB[5] § 1487a Rz 1), die Formnichtigkeit kann unbefristet geltend gemacht werden.

Verlassenschaft

§ 531. Die Rechte und Verbindlichkeiten eines Verstorbenen bilden, soweit sie nicht höchstpersönlicher Art sind, dessen Verlassenschaft.

IdF BGBl I 2015/87.

Bisherige Bestimmung:

§ 531. Der Inbegriff der Rechte und Verbindlichkeiten eines Verstorbenen, insofern sie nicht in bloß persönlichen Verhältnissen gegründet sind, heißt desselben Verlassenschaft oder Nachlaß.

ErlRV zu § 531: Die Änderungen sind sprachlicher Natur.

Literatur: *Welser,* Die Reform des österreichischen Erbrechts, GA 17. ÖJT II/1 (2009).

Literatur zum ErbRÄG 2015: *Fischer-Czermak,* Die Reform des Erbrechts aus der Sicht der Wissenschaft, in *Deixler-Hübner/Schauer* (Hrsg), Erbrecht neu (2015) 19; *Rabl,* Das Erbrechts-Änderungsgesetz 2015, in *Rabl/Zöchling-Jud* (Hrsg), Das neue Erbrecht (2015) 1; s auch die Literatur Vor § 531.

Übersicht

		Rz
I.	Allgemeines	1
II.	Öffentlich-rechtliche Rechtspositionen	2
III.	Privatrechtliche Rechte und Pflichten	6
IV.	Leichnam, Obduktion, Totenfürsorge und Grabstätte	13
V.	Patientenverfügung	18

I. Allgemeines

1 Die **Verlassenschaft** (den Nachlass) bilden die vererblichen Vermögenswerte, Rechte und Pflichten des Erblassers im Todeszeitpunkt (2 Ob 195/12h Zak 2013,79). **„Rechte und Verbindlichkeiten“** ist in einem weiten Sinn zu verstehen, nicht nur als Rechtsverhältnisse, Rechte und Pflichten, sondern überhaupt als **alle rechtlichen Positionen** des Erblassers, aus denen Rechte und Rechtsverhältnisse künftig entstehen, untergehen oder sich ändern können (*Kra-*

lik, ErbR 10; vgl auch 7 Ob 540/91 SZ 64/51). Eine erschöpfende Aufzählung der vererblichen Rechte und Verbindlichkeiten ist nicht möglich (ausf *Weiß* in *Klang* III[2] 11 ff; *Ehrenzweig,* FamuErbR 356 ff; *Welser/Zöchling-Jud* II[14] Rz 1836 ff). Vor allem sind öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Rechte und Pflichten zu unterscheiden. Zur **Rechtsnatur** der **Verlassenschaft,** insb zu ihrer Qualifikation als juristische Person, s § 546 Rz 4, zur Terminologie s Vor § 531 Rz 7.

II. Öffentlich-rechtliche Rechtspositionen

Literatur: *Foitik,* Unternehmensnachfolge von Todes wegen und unter Lebenden aus zivilrechtlicher Sicht, in *Schweinhammer* (Hrsg), Unternehmensnachfolge und Unternehmensübergabe (2003); *Müller,* Tod, Anspruchsübergang und Verfahrensfortsetzung im Sozialversicherungsrecht, DRdA 1990, 320; *Nott,* Die Fortsetzung des Leistungsverfahrens durch Angehörige, SozSi 1966, 218; *Spielbüchler,* Die Vererbung sozialversicherungsrechtlicher Geldleistungsansprüche, DRdA 1971, 33; *Thiele,* Der digitale Nachlass, jusIT 2010, 167.

Literatur zum ErbRÄG 2015: *Gebauer,* Digitale Verlassenschaft – Was passiert mit Facebook-Accounts & Co? ZIIR 2015, 382; *Granner,* Erb- und gesellschaftsrechtliche Gesamtrechtsnachfolge im öffentlichen Wirtschaftsrecht, JBl 2015, 157; *Granner,* Öffentlich-rechtliche Aspekte erbrechtlicher Gesamtrechtsnachfolge, Zak 2016, 184; *Höhne,* Der Tod im Internet, ZIIR 2015, 238; *Kalss,* Unternehmensnachfolge im Licht des künftigen Erbrechts, in *Deixler-Hübner/Schauer* (Hrsg), Erbrecht neu (2015) 95; *Schauer,* Verlassenschaft und vererbliche Rechtsverhältnisse, in *Gruber/Kalss/Müller/Schauer* (Hrsg), Erbrecht und Vermögensnachfolge[2] (2018) 539; *Schneider,* Öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnisse, in *Gruber/Kalss/Müller/Schauer* (Hrsg), Erbrecht und Vermögensnachfolge[2] (2018) 1360.

2 **Öffentlich-rechtliche Rechte und Pflichten** sind idR **unvererblich** (*Eccher* in *Schwimann/Kodek*[4] § 531 Rz 24; VwGH 99/07/0176 ÖJZ 2001/108 A); so zB das **Wahlrecht** oder das Recht, **akademische Grade** zu führen; ebenso das Recht, einen **Beruf,** insb ein Gewerbe, auszuüben; zum gewerberechtlichen Fortbetriebsrecht des überlebenden Ehegatten oder eingetragenen Partners und (bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres) der Kinder und Wahlkinder des Erblassers s § 41 ff GewO; ein sonstiger Erbe, auf den mehr als die Hälfte des Gewerbebetriebes übergegangen ist, kann unter begünstigten Voraussetzungen gewerberechtliche Befugnisse erlangen (§ 8 Abs 2 GewO). Als öffentlich-rechtliche Befugnis ist aber die **Gewerbeberechtigung kein** Gegenstand der **Abhandlung,** 3 Ob 88/38 SZ 20/38; 6 Ob 287/64 NZ 1966, 70; s § 802 Rz 17. Ebensowenig sind aus dem Fortbetriebsrecht privatrechtliche Ansprüche auf das Unternehmen abzuleiten, 7 Ob 41/58 EvBl 1958/197; über die Rechtsnachfolge in das Unternehmen entscheidet das Erbrecht, 5 Ob 214/66 EvBl 1967/84.

3 Strittig ist, ob (fällige) Geldleistungsansprüche aus der **Sozialversicherung** vererblich sind, wenn sie nicht gem § 107 a ASVG auf die nahen Angehörigen übergehen (dafür LGZ Wien 43 R 1144/84; 10 ObS 163/87 SZ 61/203; *Schrammel* in *Tomandl,* System 133 f; *Müller,* DRdA 1990, 321 ff; s auch Nachweise bei *Teschner/Fürböck,* ASVG § 108 Anm 5; VwGH 86/08/0096 ZfVB 1987/2137). Ein anhängiges Verfahren kann auch nach dem Tod des Erblassers fortgesetzt werden, OLG Wien 18 R 22/71 DRdA 1972, 91 *(Weisgram); Müller,* DRdA 1990, 325 f; s auch *Nott,* SozSi 1966, 218; *Spielbüchler,* DRdA 1971, 33. Hingegen verfällt der Anspruch, wenn der Versicherte keinen Antrag auf Versicherungsleistung gestellt hat und ein entsprechendes Verfahren auch nicht von Amts wegen eingeleitet wurde (VwGH 08/2007/79 SVSlg 27.113). Auch bereits angefallene, aber nicht flüssiggemachte Teilbeträge eines Ruhegenusses gehören in den Nachlass, VwGH 997/52 JBl 1953, 667 = EvBl 1953/549; vgl auch VwGH 08/2007/79 SVSlg 27.113. Zur Bezugsberechtigung im Falle des Todes eines Pensionsempfängers s va § 107 a ASVG; § 77 GSVG; § 50 B-KUVG. Der Erbe haftet für die zu Lebzeiten des Erblassers entstandenen sozialversicherungsrechtlichen **Beitragsschulden,** 2 Ob 21/69 SZ 42/29 = EvBl 1969/355; s auch 8 Ob 115/65 SZ 38/109.

4 **Steuerschulden** sind idR vererblich, s § 19 BAO; **Geldstrafen** gehen nicht auf die Erben über, s § 548 Rz 4.

5 Die Ansprüche auf **Bestattungsbeihilfe und Hinterbliebenenunterstützung** nach dem **ÄrzteG** (§ 104 ÄrzteG) fallen **nicht** in die **Verlassenschaft;** für sie besteht eine Sonderrechtsnachfolge des vom Erblasser Begünstigten bzw der Witwe und der Waisen bei Fehlen einer Begünstigung. Der Sonderrechtsnachfolger kann Ansprüche, die er aus einer angeblich ungerechtfertigten Auszahlung an einen Dritten gegen den Nachlass ableitet, nicht im Verlassenschaftsverfahren geltend machen (1 Ob 627/88 JBl 1989, 307).

III. Privatrechtliche Rechte und Pflichten

Literatur: *Berger,* Die Vererblichkeit des Schmerzengeldanspruchs, ZVR 1961, 121; *Birkner,* Abfertigungsanspruch unehelicher Kinder – neue Rechtslage, RdW 1990, 86; *Bonimaier,* Zur Vererblichkeit der Urlaubsabfindung gem § 10 Abs 2 Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, NZ 1990, 63; *Böhsner,* Digitale Verlassenschaft – Tod im „Social Network", Zak 2010, 368; *S. Brehm,* Verlassenschaft 2.0, JEV 2016, 159; *F. Bydlinski,* Arbeitsrechtskodifikation und allgemeines Zivilrecht (1969); *F. Bydlinski,* Letztwillige Verwaltungsanordnungen, JBl 1981, 72; *Danzl/Gutiérrez-Lobos/Müller,* Das Schmerzengeld in medizinischer und juristischer Sicht[10] (2013); *Eccher,* Antizipierte Erbfolge (1980); *Fenyves,* Der Einfluß des Todes auf das Versicherungsverhältnis, zugleich ein Beitrag zur Problematik der Auflösung von Dauerschuldverhältnissen, in *Posch* (Hrsg), Wertung und Interessenausgleich im Recht (1975) 43; *Fenyves,* Erbenhaftung und Dauerschuldverhältnis (1982); *Gitschthaler,* Unterhaltsrecht[3] (2015); *Graf,* Im Hinblick auf den Fortbestand der Ehe gemachte Schenkung – Ist das Recht zum Widerruf vererblich? NZ 2007, 321; *Herz,* Über die Vererblichkeit von Rückstellungsansprüchen, JBl 1949, 375; *Hiller,* Aus der Rückstellungspraxis, JBl 1949, 489; *Hiller,* Erbrecht und Rückstellung, JBl 1950, 122; *Holler,* Der Abfertigungsanspruch durch den Tod des Arbeitnehmers, ÖJZ 1980, 372; *Jabornegg/Resch,* Das rechtliche Schicksal von Arbeitsverhältnissen zwischen nahen Angehörigen beim Tod des Arbeitgebers, DRdA 1995, 220; *Jelinek,* Die Persönlichkeit des Verletzten und das Entstehen des Schmerzengeldanspruches, JBl 1977, 1; *Kalss/Cach,* Das neue Pflichtteilsrecht – Chance und Herausforderung für Unternehmen, Aufsichtsrataktuell 2015 H 5, 5; *Kalss/Probst,* Familienunternehmen (2013); *Krejci,* Betriebsübergang und Arbeitsvertrag (1972); *Lukas,* Unternehmensnachfolge von Todes wegen bzw im Hinblick auf den Todesfall, JEV 2009, 4; *Lorenz,* Zur Kapitallebensversicherung für den Todesfall – Umfang und Art des Rechtserwerbs durch den bei Vertragsabschluss ohne besondere Abreden bezeichneten Bezugsberechtigten, in FS Schwebler (1986) 349; *Lorenz,* Die Anwendbarkeit erbrechtlicher Vorschriften auf Drittbegünstigungen durch eine Kapitallebensversicherung auf den Todesfall, in FS Farny (1995) 335; *Lukas,* Unternehmensnachfolge von Todes wegen bzw im Hinblick auf den Todesfall (Teil I und II), JEV 2009, 4, 40; *Marhold,* Neues Unterhaltsrecht und Abfertigung, ZAS 1981, 128; *Mayer-Maly,* Die Erblosigkeit der Schätze, in FS Kralik (1986) 485; *Meyer,* Der überschuldete Nachlaß, NZ 1979, 89; *Pfeifer,* Die Entschädigungsansprüche im Verlassenschaftsverfahren, NZ 1963, 52; *Pisko,* Das Unternehmen als Gegenstand des Rechtsverkehrs (1907); *Preslmayer,* Versicherung und Nachlaß, JBl 1961, 402; *Prölss/Martin,* Versicherungsvertragsgesetz[28] (2010); *Riss,* Die Auskunftspflicht des Kreditinstituts nach dem Tod des Kunden und ihre prozessuale Durchsetzung, ÖBA 2011, 166; *Rubin,* Die ratio der unternehmensrechtlichen Erbenhaftung (§ 40), in FS Fenyves (2013) 981; *Schauer,* Die unternehmerische Erbenhaftung im geltenden und im künftigen Recht, in FS Ansay (2006) 363; *Scheuba,* Generationübergreifender Vermögenstransfer jenseits des Erbrechts, in FS 200 Jahre ABGB (2011) 1409; *Schumacher,* Inventarisierung der Lebensversicherung, NZ 1997, 381; *Schwarz,* Das Arbeitsverhältnis bei Übergang des Unternehmens (1967); *Siebert,* Zur Vererbung von Rückstellungsansprüchen auf Grund des Gesetzes, NZ 1950, 33; *Sprung/Fink,* Letztwillig angeordnete Nachlaßverwaltung im österreichischen Recht, JBl 1996, 205; *Steininger,* Erbenhaftung beim Dauerschuldverhältnis, in FS Wilburg (1975) 369; *Sternberg/Weidenfeld,* Erbrecht und Rückstellungsgesetzgebung, JBl 1948, 6; *Thiele,* Der digitale Nachlass – Erbrechtliches zum Internet und seinen Diensten, jusIT 2010, 167; *Thiele,* Urheberrecht und Erben, in *Bogendorfer/Ciresa* (Hrsg), Urheberrecht (2009) 61; *Thiele/Waß,* Urheberrecht post mortem – Rechtsnachfolge bei Werkschöpfern, NZ 2002, 97; *Unschuld,* Die Vererbung von Geschäftsanteilen in der GmbH (2008); *Vonkilch,* Mietzinsvorauszahlungen, Baukostenbeiträge und wohnrechtliche Sondererbfolge (§ 14 MRG), NZ 2000, 321; *Wilhelm,* Übergang des Bestandverhältnisses durch Vermächtnis, JBl 1972, 79; *Zankl,* Lebensversicherung und Nachlaß,

NZ 1985, 81; *Zankl,* Die Lebensversicherung im Pflichtteilsrecht, NZ 1989, 1; *Zingher,* Das Eintrittsrecht nach § 19 Abs 2 Z 11 MG, ÖJZ 1964, 314.

Literatur zum ErbRÄG 2015: *Cohen,* Die Drittbegünstigung auf den Todesfall nach dem ErbRÄG 2015, Zak 2016, 428; *Cohen,* Drittbegünstigung auf den Todesfall (2016); *Cohen,* Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall, in *Gruber/Kalss/Müller/Schauer* (Hrsg), Erbrecht und Vermögensnachfolge (2018) 793; *Kalss,* Unternehmensnachfolge im Licht des künftigen Erbrechts, in *Deixler-Hübner/Schauer* (Hrsg), Erbrecht neu (2015) 95; *Kalss,* Nachfolge im Kapitalgesellschaftsrecht, in *Gruber/Kalss/Müller/Schauer* (Hrsg), Erbrecht und Vermögensnachfolge[2] (2018) 1264; *Schauer,* Nachfolgeregelungen in Gesellschaftsverträgen und vorweggenommene Erbfolge nach der Erbrechtsreform, in *Artmann/Rüffler/Torggler* (Hrsg), Gesellschaftsrecht und Erbrecht (2016) 21; *Schauer,* Verlassenschaft und vererbliche Rechtsverhältnisse, in *Gruber/Kalss/Müller/Schauer* (Hrsg), Erbrecht und Vermögensnachfolge[2] (2018) 539.

6 Die auf dem Privatrecht beruhenden **vermögensrechtlichen Rechte und Pflichten** sind im Allgemeinen **vererblich** (vgl § 1448, 6 Ob 263/03 z SZ 2004/15); daher der **Besitz,** das **Eigentum, Forderungen und Verbindlichkeiten,** s § 548 Rz 1 ff; auch die Rechtsstellung aus **Dauerschuldverhältnissen** kann vererblich sein. Der Erbe wird dann daraus für die künftig fällig werdenden Leistungen ohne Rücksicht auf die Art seiner Erbantrittserklärung voll verpflichtet. Für die alten, dh bis zur Einantwortung entstandenen Schulden kommt die erbrechtliche Haftungsbeschränkung in Betracht, *Steininger* in FS Wilburg 372 f. Nach den Umständen des Falles ist wegen der Rechtsnachfolge eine Auflösung aus **wichtigen Gründen** möglich, *Steininger* in FS Wilburg 377. Wo Erbrecht in Betracht kommt, gibt es keinen Eigentumserwerb durch Schatzfund, s *Mayer-Maly* in FS Kralik 490. Vererblich sind idR auch **vermögensbezogene Gestaltungsrechte** (vgl *G. Graf,* NZ 2007, 325 f) und der sog **digitale Nachlass** einer Person (vgl *Thiele,* jusIT 2010, 167 ff; *S. Brehm,* JEV 2016, 159 ff).

7 **Im Einzelnen sind vererblich:** Die Verpflichtung zur Zurücklegung einer Lizenz, Rechtsprechung 1935/206; das Fischereirecht, 6 Ob 111/63 SZ 36/82 = EvBl 1963/462; der Namensgestattungsvertrag, 4 Ob 85/00 d JBl 2001, 54; 17 Ob 2/10 h SZ 2010/70; **Immaterialgüterrechte,** s § 19 Abs 1, § 23 Abs 1 und 2, § 27 Abs 1, § 40 Abs 1, § 67 Abs 2, § 74 Abs 2 und 5 UrhG (vgl dazu 4 Ob 242/08 d EvBl-LS 2009/99) und § 33 Abs 1 PatG; vgl auch § 37 PatG. Auch ein **Unternehmen** kann zum Nachlass gehören, *Pisko,* Unternehmen 92 ff; 5 Ob 214/66 EvBl 1967/84 uva; zu zahlreichen Detailfragen der Vererbung von Unternehmen und Vermögen, s *Gruber/Kalss/Müller/Schauer,* Erbrecht und Vermögensnachfolge[2]. Zur Rechtsstellung des Erben bei **Unternehmensfortführung** vgl im Detail *Schauer* in FS Ansay 376 ff; *Lukas,* JEV 2009, 4, 40; *Kalss/Probst,* Familienunternehmen 660 ff; s auch § 40 UGB, § 1409 ABGB. Eine Rechtsanwaltskanzlei ist kein in die Verlassenschaft gehöriger Vermögensgegenstand (GlUNF 3613, *Ehrenzweig,* FamuErbR 358). Vererblich ist der klagbare Anspruch des Stifters gegen die Privatstiftung auf Leistung einer konkreten Zuwendung, 3 Ob 169/07 k SZ 2007/129. Auch **Bestandrechte** sind vererblich (§ 1116 a), wobei gem §§ 14, 30 Abs 2 Z 5 MRG eine **Sonderrechtsnachfolge** in Betracht kommt; dazu *Zingher,* ÖJZ 1964, 314; *Steininger* in FS Wilburg 384 f; *Fenyves* in *Posch,* Wertung und Interessenausgleich 85 f; *Fenyves,* Erbenhaftung 305 ff; *Welser/Zöchling-Jud* II[14] Rz 1843. Ebenso stellt das Eintrittsrecht gem § 15 KlGG eine Sonderrechtsnachfolge dar, 6 Ob 2/14 h. Ein Bestandrecht kann auch im Wege der Einzelrechtsnachfolge durch ein Legat erworben werden, 2 Ob 65/12 s EF-Z 2013, 182. Mangels gegenteiliger Vereinbarung ist auch das Recht des Mieters, einen **Nachmieter** namhaft zu machen (Präsentationsrecht), vererblich, 8 Ob 504/92 EvBl 1992/113. Zur Vererblichkeit der Ansprüche auf Abgeltung der **Mitwirkung** im Erwerb s § 99, des Anspruchs auf Aufteilung des ehelichen Gebrauchsvermögens und der Ersparnisse s § 96 EheG; zur Vererbung des Wohnungseigentums s § 11 WEG 2002, des Ehegattenwohnungseigentums s § 14 WEG 2002. Ferner ordnet § 12 WEG 2002 die gerichtliche Versteigerung an, wenn der mit dem Wohnungseigentum verbundene Mindestanteil mehr als zwei natürlichen Personen oder zwei natürlichen Perso-

nen zu verschiedenen Anteilen oder zum Teil einer juristischen Person zufallen, soweit es nicht zur Bildung einer „eingetragenen" Personengesellschaft kommt, s auch 3 Ob 295/04k. Zur Vererblichkeit erbrechtlicher Ansprüche s § 537 Rz 1ff.

8 **Unvererblich** sind die **Persönlichkeitsrechte** sowie idR die persönlichen **Familienrechte und -pflichten** (5 Ob 543/95 SZ 69/193); die Verpflichtung aus einem **Veräußerungs- und Belastungsverbot** (§ 364c), vgl 1 Ob 11/95 NZ 1996, 274; **Wiederkaufs- und Vorkaufsrechte** (§§ 1070f, 1074); das **Recht zur Privatanklage,** 15 Os 18/11b MR 2011, 357; iZw die **persönliche Dienstbarkeit** (§ 529); grundsätzlich erlöschen **Auftrag und Vollmacht** durch den Tod des Machtgebers oder des Machthabers (§ 1022), s dazu *F. Bydlinski,* JBl 1981, 72; *Sprung/Fink,* JBl 1996, 205; nicht jedoch die **Prokura** (§ 52 Abs 3 UGB), die Handlungsvollmacht iZw (§ 58 Abs 3 UGB) und die Prozessvollmacht (§ 35 Abs 1 ZPO).

9 **Schadenersatzansprüche** sind aktiv und passiv **vererblich** (2 Ob 281/00p SZ 73/167), passiv auch der Rückersatzanspruch nach dem AHG (§ 14 AHG) und der Erstattungsanspruch nach dem OrgHG (§ 12 OrgHG). **Schmerzengeldansprüche** (§ 1325) gingen nach **älterer** Rechtsprechung nur dann über, wenn sie bei Lebzeiten des Erblassers vertraglich **anerkannt** oder **gerichtlich geltend gemacht** worden waren, JB 204; 8 Ob 40/76 JBl 1962, 561; 2 Ob 181/67 JBl 1965, 33 (abl *Gschnitzer);* 2 Ob 149/82 ZVR 1983/327. Der OGH hat aber seit Langem diese Meinung aufgegeben, aus der Lit vgl zB *Berger,* ZVR 1961, 121; *Koziol,* Haftpflichtrecht II^2 141f. Schon *Kralik,* ErbR 14f hat die **Vererblichkeit** des **Schmerzengeldanspruchs** ohne weitere Voraussetzungen bejaht, s auch 6 Ob 2068/96 ecolex 1996, 913 *(Wilhelm).* Es ist also auch **keine außergerichtliche Geltendmachung** erforderlich, so aber noch *Weiß* in *Klang* III^2 32. Schon vor dieser Änderung der Judikatur war es hM, dass **Ansprüche nach § 12 EKHG** ohne Weiteres vererblich sind (*Jelinek,* JBl 1977, 10; 2 Ob 149/82 ZVR 1983/327).

10 Das **Recht auf Unterhalt** ist **unvererblich;** auch der Unterhaltsanspruch des geschiedenen Ehegatten, s § 77 EheG; ebenso die Ansprüche auf Ausgedinge und Leibrente (§ 1285). Aber auch die **Unterhaltspflicht** ist idR unvererblich. Beträge, die noch zu Lebzeiten des Erblassers fällig geworden sind, belasten aber die Verlassenschaft, 1 Ob 617/54 SZ 27/247 = JBl 1954, 592; 4 Ob 134/08x Zak 2009, 55; dies auch bei Ausgedingsleistungen und Leibrenten, 1 Ob 59/52 SZ 25/19 = EvBl 1952/173. Unterhaltspflichten aus einer **Scheidung** sind mit gewissen Modifikationen **vererblich,** nicht aber die Beitragspflicht nach § 68 EheG, s § 78 EheG (vgl auch 5 Ob 537/78 EvBl 1979/11). Soweit aber ein vereinbarter Unterhaltsbeitrag über eine bloße Konkretisierung des gesetzlichen Unterhaltsbeitrages nach § 68 EheG hinausgeht, ist er vererblich (5 Ob 620/88 NZ 1989, 99). Zu den Unterhaltspflichten zwischen **Eltern und Kindern** s §§ 233, 177 Abs 2; zu jenen zwischen eingetragenen Partnern s § 23 Abs 3 und 4 EPG; zum Unterhaltsanspruch des **Ehegatten** und des eingetragenen Partners s § 747. Ausführlich zur passiven Vererblickeit von Unterhaltenspflichten gegenüber Kindern s *Gitschthaler,* Unterhaltsrecht^3 417ff. Die Pflicht zur Bestellung einer Austattung geht über, wenn der Anspruch noch bei Lebzeiten des Leistungspflichtigen entstanden und bei Gericht anhängig gemacht oder vertraglich zugestanden worden ist, 1 Ob 617/54 SZ 27/247.

11 Die **Rechte des Dienstgebers** aus dem **Dienstvertrag** sind vererblich, sofern die Arbeitsleistungen nicht ausschließlich und unmittelbar für die Person des Dienstgebers zu erbringen sind (4 Ob 91/77 SZ 50/103); das Arbeitsverhältnis **erlischt** im Gegensatz dazu mit dem **Tod** des **Dienstnehmers** (§ 1153), *Werkusch-Christ* in *Kletečka/Schauer,* ABGB-ON$^{1.05}$ § 531 Rz 8. Auch werden zT Auflösungsmöglichkeiten zugestanden: *Krejci,* Betriebsübergang 164ff; *F. Bydlinski,* Arbeitsrechtskodifikation 170; *Fenyves* in *Posch,* Wertung und Interessenausgleich 86f; *Jabornegg/Resch,* DRdA 1995, 222f. Die Pflichten des Dienstnehmers erlöschen mit seinem Tod. Bereits erworbene Urlaubsansprüche werden mit dem Tod des Angestellten zu Geldansprüchen (§ 10 Abs 5 UrlaubsG), die vom Erben geltend gemacht werden können,

4 Ob 47/68 JBl 1969, 100; 4 Ob 6/69 SZ 42/34 = EvBl 1969/298; 6 Ob 169/69 SZ 42/115; *Bonimaier,* NZ 1990, 63. Ansprüche auf Geldleistungen sind jedenfalls vererblich, vgl *Werkusch-Christ* in *Kletečka/Schauer,* ABGB-ON[1.05] § 531 Rz 8. Abfertigungsansprüche, die mit dem Tod des Dienstnehmers entstehen (§ 23 Abs 6 AngG), fallen nicht in den Nachlass, sondern gebühren originär den gesetzlichen Erben, 3 Ob 534/52 SZ 25/231; 9 Ob 54/05i EF 113.056; 9 ObA 2012/96i DRdA 1997/17 *(M. Binder).* Dazu und zum **Abfertigungsanspruch** nach anderen Gesetzesstellen: *Holler,* ÖJZ 1980, 372ff; *Kralik,* ErbR 18f; *Marhold,* ZAS 1981, 128ff; *Birkner,* RdW 1990, 86f. Bestimmten Angehörigen steht die Abfertigung neu unmittelbar zur Gänze zu, sie fällt in die Verlassenschaft, wenn derartige anspruchsberechtigte Personen nicht vorhanden sind, vgl § 14 Abs 5 BMSVG.

12 Die **Vererblichkeit** des **Versicherungsverhältnisses** als **Ganzes** hängt vom Weiterbestehen der versicherten Gefahr ab (ausf *Fenyves* in *Posch,* Wertung und Interessenausgleich 67ff; *Palten* in *Fenyves/Schauer,* VersVG § 69 Rz 17f). Die §§ 69f VersVG sind nicht ohne Weiteres analog anwendbar, *Fenyves,* 54f; *Steininger* in FS Wilburg 385, wohl aber zT bezüglich der Kündigungsrechte gem § 70 VersVG (str, s genauer *Fenyves,* 77ff; *Steininger* in FS Wilburg 385). Vererblich sind bereits **aktualisierte Ansprüche** aus **Privatversicherungsverhältnissen.** Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen und aus einer Unfallversicherung dann, wenn der Erblasser Versicherungsnehmer war, **keinen Begünstigten** eingesetzt und auch sonst nicht über den Anspruch **verfügt** hat. In diesen Fällen gehören sie zum **Nachlass** (1 Ob 61/15z RdW 2015/498), andernfalls stehen sie kraft Versicherungsvertragsrechts **unmittelbar** dem **Begünstigten** zu, zB dem als Bezugsberechtigten bezeichneten gesetzlichen Erben (7 Ob 647/86 NZ 1988, 331 *[Zankl]*), und gehören **nicht** in die **Verlassenschaft** (*Zankl,* NZ 1985, 83; 1 Ob 555/86 JBl 1987, 46; 7 Ob 622/95 JBl 1997, 46 *[Eccher];* s § 532 Rz 7; differenzierend *Eccher,* Erbfolge 134ff; *Eccher* in *Schwimann/Kodek*[4] § 531 Rz 32f; *Kralik,* ErbR 19f). Sie sind auch nicht in das Inventar aufzunehmen (2 Ob 419/32 JBl 1932, 315; 7 Ob 647/86 NZ 1988, 331 *(Zankl);* 7 Ob 622/95 JBl 1997, 46 *[Eccher]*); s auch § 802 Rz 17. Daher ist bei einer Kapitalversicherung, die zugunsten des **Inhabers** oder **Überbringers** der Polizze genommen ist, die Versicherungssumme in die Verlassenschaft des Versicherungsnehmers einzubeziehen, wenn dieser über den Anspruch **weder** unter Lebenden noch von Todes wegen **verfügt** hat, 1 Ob 475/35 SZ 17/125; 5 Ob 119/58 VR 1959, 85 *(Wahle);* 7 Ob 592/84 NZ 1987, 98 *(Zankl);* 6 Ob 181/02i EvBl 2003/135; vgl 5 Ob 272, 273/60 VR 1960, 348 für die Flugunfallversicherung; *Ehrenzweig,* FamuErbR 357; *Preslmayer,* JBl 1961, 405. **Verpfändet** der Versicherungsnehmer seine Ansprüche aus der **Lebensversicherung,** fällt die Versicherung trotz Begünstigung in den Nachlass, 2 Ob 3/10w RdW 2011/25; 7 Ob 158/98f NZ 2000, 116. Die über den Weg der Vinkulierung einer Lebensversicherung dem **Vinkulargläubiger** zugekommene Versicherungsleistung **mindert** – trotz (Teil-)Abdeckung der gesicherten Darlehensforderung gegen den Erblasser– die im Pflichtteilsverfahren zu berücksichtigenden Passiven der Liegenschaft nicht. Mangels gegenteiliger Anordnung des Versicherungsnehmers (§ 166 Abs 2 VersVG) kann der **Begünstigte** seinen Anspruch auch dann **nicht vererben,** wenn er ein unwiderrufliches Bezugsrecht hatte, *Zankl,* 1985, 85f; aA *Eccher* in *Schwimann/Kodek*[4] § 531 Rz 32; vgl auch 7 Ob 21/76 SZ 49/41. Zur Behandlung einer Lebensversicherung im Pflichtteilsrecht s § 781 Rz 16.

IV. Leichnam, Obduktion, Totenfürsorge und Grabstätte

Literatur: *Dengler,* Das Recht an der Leiche, NZ 1971, 6; *Edlbacher,* Die Entnahme von Leichenteilen zu medizinischen Zwecken aus zivilrechtlicher Sicht, ÖJZ 1965, 449; *Gschnitzer,* Erbrecht[2] (1964); *Kopetzki,* Organgewinnung zu Zwecken der Transplantation. Eine systematische Analyse des geltenden Rechts (1988); *Kopetzki,* Der menschliche Leichnam im privaten und öffentlichen Recht Österreichs und Deutschlands, in *Stefenelli* (Hrsg), Körper ohne Leben (1998) 862; *Schwamberger,* Obduktion in Kranken-

anstalten, RdM 1998, 77; *Stellamor/Steiner,* Ärztliche Berufsordnung (1977) 82; *Stellamor/Steiner,* Handbuch Arztrecht I, Arzt und Recht (1999); *Wilhelm,* Duell um eine Leiche, ecolex 1994, 73; *Wilhelm,* Die Geschäfte der Krematorium Wien GmbH, ecolex 2013, 673.

Literatur zum ErbRÄG 2015: *Schauer,* Verlassenschaft und vererbliche Rechtsverhältnisse, in *Gruber/Kalss/Müller/Schauer* (Hrsg), Erbrecht und Vermögensnachfolge[2] (2018) 539.

13 Zum **Todeszeitpunkt** s § 536 Rz 2.

14 Ob der **Leichnam** eine **Sache** ist, ist strittig (dafür: *Holzner* in *Rummel/Lukas*[4] § 285 Rz 3, s *Klang* in *Klang* II/1, 2; *Eccher* in *Schwimann/Kodek*[4] § 531 Rz 58; *Werkusch-Christ* in *Kletečka/Schauer,* ABGB-ON[1.05] § 531 Rz 17) – zT wird er als „ansprüchige" Sache angesehen (*Edlbacher,* ÖJZ 1965, 451: ähnlich *Dengler,* NZ 1971, 6f; aA *Apathy* in KBB[4] § 531 Rz 8). Zur **Rechtsnatur** des Leichnams und den damit vebundenen Fragen jetzt ausf *Schauer* in *Fenyves/Kerschner/Vonkilch,* Klang[3] § 531 Rz 34. Über das Schicksal des Leichnams, insb die Beisetzung und sonstige **„Totenpflege",** entscheidet im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Vorschriften und der guten Sitten (*Klang* in *Klang* II/1, 2; *Edlbacher,* ÖJZ 1965, 452f) auf Grund seines Persönlichkeitsrechtes der **Erblasser** (*Edlbacher,* ÖJZ 1965, 453), dessen Wille auch aus den Umständen geschlossen oder hypothetisch ermittelt werden kann, 1 Ob 257/72 SZ 45/133; 7 Ob 62/00v; 7 Ob 285/03t; subsidiär entscheiden die nahen **Angehörigen** ohne Rücksicht auf ihre Erbenstellung, 3 Ob 219/31 SZ 13/127; und zwar grundsätzlich der überlebende Gatte, 3 Ob 219/31 NZ 1931, 152, dann die Deszendenten, die Aszendenten, zuletzt die Seitenverwandten (s 7 Ob 225/99k JBl 2000, 110), doch kommt es auf die Verhältnisse des Einzelfalles an, *Edlbacher,* ÖJZ 1965, 454. Zur Geltendmachung eines Unterlassungsanspruchs hinsichtlich des postmortalen Persönlichkeitsschutzes sind die **nahen Angehörigen** berechtigt, vgl 6 Ob 283/01p; 6 Ob 57/06k; 4 Ob 112/10i; 4 Ob 203/13a; 4 Ob 223/13i. Sind keine nahen Angehörigen vorhanden, so entscheiden die **Erben** unabhängig davon, ob sie tatsächlich Rechtsnachfolger werden, *Kralik,* ErbR 17. Der Sachwalter kann jedenfalls nicht im Rahmen seiner Vertretungsbefugnis über den Leichnam des Betroffenen verfügen (Körperspende), 1 Ob 222/12x JBl 2013, 166.

15 Die **Umbettung** eines bereits beigesetzten Leichnams kann nur aus besonderen Gründen verlangt werden, 1 Ob 257/72 SZ 45/133; vgl 7 Ob 225/99k JBl 2000, 110. Der Wunsch eines überlebenden Gatten, das Grab mit dem Verstorbenen zu teilen, ist allerdings idR hinreichend, 1 Ob 257/72 SZ 45/133. Sind über eine Grabstätte mehrere Personen verfügungsberechtigt, so kann die Exhumierung nur stattfinden, wenn eine Einigung aller vorliegt; sonst kann analog zu § 835 der Außerstreitrichter angerufen werden, 1 Ob 445/54 SZ 27/179.

16 Das Recht zur **Obduktion** ist weitgehend vom öffentlichen Recht geregelt. Sie wird va bei Tod in einer öffentlichen Krankenanstalt vorgenommen (§ 25 KAKuG; *Edlbacher,* ÖJZ 1965, 452; *Kopetzki,* Organgewinnung 108ff) oder für Zwecke der Strafrechtspflege (§§ 128ff StPO); s hiezu *Schauer* in *Fenyves/Kerschner/Vonkilch,* Klang[3] § 531 Rz 35; *Welser/Zöchling-Jud* II[14] Rz 1865. Nach § 5 OTPG (BGBl I 2012/108 – vormals: § 62a KAKuG – ist es zulässig, Verstorbenen einzelne Organe zu entnehmen, um durch deren **Transplantation** das Leben eines anderen zu retten oder dessen Gesundheit wiederherzustellen, außer es liegt eine Erklärung des Verstorbenen vor, mit der dieser Organspenden ausdrücklich ablehnt **(Widerspruchslösung);** hiezu ausf *Kopetzki,* Organgewinnung; s auch *Schauer* in *Fenyves/Kerschner/Vonkilch,* Klang[3] § 531 Rz 36.

17 **Benützungsrechte an einer Grabstätte** sind zwar nicht Gegenstand der Verlassenschaftsabhandlung, gehen aber von Todes wegen über. Primär entscheiden darüber allerdings die **Friedhofsordnungen,** die meist auch einseitige **Verfügungen** des Erblassers zulassen. Subsidiär sind für die Benützung Pietätsrücksichten maßgebend, 6 Ob 165/66 EvBl 1966/470. Auch

der Grabstein gehört nicht in den Nachlass dessen, der ihn aufstellen hat lassen. Über sein Schicksal entscheidet vielmehr die Widmung, LGZ Wien 45 R 611/66 EF 6696/21. Der nach der Friedhofsordnung Benutzungsberechtigte kann die Grabstelle – auch konkludent – widmen, wodurch er seine auf Grund der Friedhofsordnung erworbenen dinglichen **Nutzungsrechte beschränkt,** 1 Ob 158/67 EvBl 1968/190.

V. Patientenverfügung

Literatur: *Aigner,* Die Patientenverfügung, FamZ 2006, 66; *Barth,* Die Patientenverfügung und ihre praktischen Folgen für den behandelnden Arzt, FamZ 2006, 72; *Barth,* Testierfähig, aber doch nicht so ganz? iFamZ 2015, 49; *Bernat,* Planungssicherheit am Lebensende? EF-Z 2006, 42 und EF-Z 2006, 74; *Kathrein,* Das Patientenverfügungs-Gesetz, ÖJZ 2006, 555; *Kerschner/Lang,* Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht als neue Vorsorgeinstrumente, RFG 2007, 174; *Koller,* Gibt es eine qualifiziert beachtliche, unmittelbar bindende Patientenverfügung? Überlegungen de lege lata und de lege ferenda, iFamZ 2012, 24; *Kotormann,* Die Patientenverfügung – wirksamer Ausdruck des Patientenwillens oder doch nur ein geduldiges Stück Papier? ÖZPR 2011, 92; *Kunz/Gepart,* Aufgaben der bei der Errichtung einer Patientenverfügung mitwirkenden Juristen, FamZ 2006, 81; *Memmer,* Das Patientenverfügungs-Gesetz 2006, RdM 2006, 163; *Memmer/Till,* Patientenverfügung und Rettungsdienst, ZfG 2016, 4; *M. Schweighofer,* Kann eine Patientenverfügung bei Eintritt der Einsichts- und Urteilsunfähigkeit nicht mehr erneuert werden? ÖZPR 2015, 120; *Pesendorfer/Traar,* Internationale Aspekte der Patientenverfügung, iFamZ 2008, 367; *Pogacar,* Wann ist eine Patientenverfügung verbindlich? Zak 2006, 223; *Wagner/Homann/Wallner,* Die missverstandene Patientenverfügung, RdM 2015, 62.

Die Patientenverfügung ist zwar oft im Zusammenhang mit dem Tod des Verfassers relevant, sie ist jedoch **keine letztwillige Verfügung.** **18**

Das **Patientenverfügungs-Gesetz** (PatVG, BGBl I 2006/55) trat am 1. 6. 2006 in Kraft und stellt Voraussetzungen für Willenserklärungen auf, mit denen **medizinische Behandlungen** für den Fall **abgelehnt** werden, dass der Patient über ihre Vornahme nicht mehr selbst entscheiden kann, vgl *Welser/Zöchling-Jud* II[14] Rz 1477. Mit medizinischen Behandlungen sind **Heilbehandlungen** und **Pflegemaßnahmen** gemeint, 9 Ob 68/11 g; aA *Kotormann,* ÖZPR 2011/79. Es ist zwischen verbindlichen und beachtlichen Willenserklärungen zu unterscheiden (vgl § 1 Abs 2 PatVG). Während sich der behandelnde Arzt, das Pflegepersonal und die Angehörigen an eine **verbindliche Patientenverfügung** halten müssen, dient die **beachtliche Patientenverfügung** nur als Orientierungshilfe bei der Ermittlung des Willens des Patienten, *Welser/Zöchling-Jud* II[14] Rz 1477; *Kathrein,* ÖJZ 2006, 555 ff. Eine verbindliche Patientenverfügung bindet den Arzt in gleicher Weise wie eine aktuelle Behandlungsentscheidung des Patienten, 9 Ob 68/11 g RdM 2013, 104 *(Kopetzki).* **19**

Eine **verbindliche Patientenverfügung** liegt vor, wenn sie den §§ 4 – 7 PatVG entspricht, s *W. Tschugguel/Parapatits* in *Kletečka/Schauer,* ABGB-ON[1.03] § 283 Rz 5. Voraussetzung sind die **Nennung** der abgelehnten medizinischen Behandlung oder zumindest deren Erkennbarkeit aus dem Gesamtzusammenhang (*Kathrein,* ÖJZ 2006, 555), eine umfassende **ärztliche Aufklärung** und die weitreichende Aufklärung bei einem Rechtsanwalt, Notar oder **rechtskundigen** Mitarbeiter der Patientenvertretungen (§ 6 PatVG, *W. Tschugguel/Parapatits* in *Kletečka/Schauer,* ABGB-ON[1.03] § 283 Rz 5; *Kathrein,* ÖJZ 2006, 555) sowie die **schriftliche Errichtung** (iSd § 886; 9 Ob 68/11 g) samt Angabe des **Datums.** Sie darf nicht länger als **fünf** Jahre zurückliegen, § 7 PatVG. Bestehen am Vorliegen der Voraussetzungen Zweifel, so muss der behandelnde Arzt beim Pflegschaftsgericht die Bestellung eines Sachwalters anregen, *Memmer,* RdM 2006, 163. **20**

Fehlt eine der genannten Voraussetzungen, so handelt es sich um eine **beachtliche Willenserklärung;** je mehr Voraussetzungen der verbindlichen Patientenverfügung vorliegen, umso größer wird die Beachtlichkeit sein, *W. Tschugguel/Parapatits* in *Kletečka/Schauer,* ABGB- **21**

ON[1.03] § 283 Rz 5; *Kathrein,* ÖJZ 2006, 555; *Barth,* iFamZ 2006, 72. Bei einer beachtlichen Patientenverfügung kommt weder dem **behandelnden Arzt** noch dem **Sachwalter** die alleinige Entscheidungsbefugnis zu; sie haben über die weitere Vorgangsweise zu entscheiden. Ist nur einer der beiden für die Lebenserhaltung, so hat diese Vorrang, 9 Ob 68/11 g; RdM 2013, 104 *(Kopetzki).*

Erbrecht

§ 532. Das Erbrecht ist das absolute Recht, die ganze Verlassenschaft oder einen bestimmten Teil davon zu erwerben. Diejenige Person, der das Erbrecht gebührt, wird Erbe genannt.

IdF BGBl I 2015/87.

Bisherige Bestimmung:

§ 532. Das ausschließende Recht, die ganze Verlassenschaft, oder einen in Beziehung auf das Ganze bestimmten Teil derselben (z. B. die Hälfte, ein Dritteil) in Besitz zu nehmen, heißt Erbrecht. Es ist ein dingliches Recht, welches gegen einen jeden, der sich der Verlassenschaft anmaßen will, wirksam ist. Derjenige, dem das Erbrecht gebührt, wird Erbe, und die Verlassenschaft, in Beziehung auf den Erben, Erbschaft genannt.

ErlRV zu § 532: Die Änderungen sind sprachlicher Natur. Auch hier soll aber deutlich gemacht werden, dass das Erbrecht kein dingliches, sondern ein absolutes Recht ist (vgl die ErlRV zu § 308 ABGB).

Literatur: *Eccher,* Antizipierte Erbfolge (1980); *Ferrari-Hofmann-Wellenhof,* Die Erbschaftsklage (1991); *Grabenwarter,* Schenkung auf den Todesfall und Abhandlungspflege, ÖJZ 1988, 558; *Gschnitzer,* Erbrecht[2] (1964); *B. Jud,* Der Erbschaftskauf (1998); *Schwind,* Grenzen der Universalsukzession, in FS Kralik (1986) 515; *Steinwenter,* Erbrechtliche Miszellen, JBl 1955, 157; s auch die Literatur zur Einleitung und Vor § 531.

Literatur zum ErbRÄG 2015: Siehe die Literatur zur Einleitung und Vor § 531.

1 Das Erbrecht ist ein **absolutes,** dh gegen jedermann durchsetzbares Recht. Nach heutiger Terminologie ist es allerdings **kein Sachenrecht,** weil es keine unmittelbare Sachherrschaft über den Nachlass verleiht. Für das ABGB war die Absolutheit entscheidend, weshalb das Erbrecht in § 308 bei den „Sachenrechten" angeführt und in die erste Abteilung des zweiten Teils aufgenommen wurde. Das ErbRÄG 2015 hat es aus § 308 entfernt, s Vor § 531 Rz 5.

2 Das Erbrecht besteht im Recht des Erben, den **ganzen Nachlass** oder einen **quotenmäßig** bestimmten Teil davon in Anspruch zu nehmen, was § 532 aF mit den Worten „einen mit Beziehung auf das Ganze bestimmten Teil (zB die Hälfte, ein Drittel)" ausgedrückt hat. Die nunmehrige Formulierung „einen **bestimmten Teil**" hat den Nachteil, dass man sie uU auch auf bestimmte Sachen beziehen könnte.

3 Zu den Begriffen **Erbrecht, Erbe, Erbschaft, Verlassenschaft, Vermächtnisnehmer** s auch Vor § 531 Rz 3 ff. Nach § 532 aF wird die Verlassenschaft in Beziehung auf den Erben **Erbschaft** genannt. Obwohl § 532 nF diese Aussage nicht mehr enthält, hat dies die Rechtslage nicht geändert. Zum Begriff des Erben s außerdem § 547, zu jenem des Vermächtnisnehmers § 535. Die Verlassenschaft wird nach dem Grundsatz von Titel (Berufungsgrund) und Modus (Einantwortung) durch den Erben erworben, s §§ 533, 534 Rz 1 f.

4 Der Erbe wird **Universalsukzessor** (Gesamtrechtsnachfolger) des Erblassers, und zwar auch ein **Miterbe,** obwohl er nur nach seiner Quote berechtigt ist, vgl auch LG Salzburg 21 R 379/07 t EF 117.175; s auch § 550 Rz 1. Man sagt, dass die Rechtsnachfolge direkt **nach dem Erblasser** eintritt, doch stößt dies nach dem nunmehrigen Wortlaut des **§ 547** auf Schwierigkei-

ten, weil nach diesem der Erbe „der Rechtsposition der Verlassenschaft nachfolgt". Siehe §§ 546 und 547.

Der **Zeitpunkt** des Eintritts der Universalsukzession war zur alten Rechtslage lange Zeit str; in Betracht kamen der Erbanfall, weil ab diesem das Recht vererblich ist, s § 537, die Erbantrittserklärung, s §§ 799, 800 und die Einantwortung, s § 797; zT wurde stufenweiser Erwerb angenommen (*Gschnitzer,* ErbR 56 f). Die hM stellt seit Langem auf die **Einantwortung** ab, dazu ausf *Eccher,* Erbfolge 59 ff; *Steinwenter,* JBl 1955, 157 f; *Ehrenzweig,* FamuErbR 361; *Welser/Zöchling-Jud* II[14] Rz 2411 ff; 4 Ob 130/30 SZ 12/70; 6 Ob 307/62 EvBl 1963/103; 3 Ob 72/11 a. Das ErbRÄG 2015 hat nun in § 547 ausdrücklich die **Einantwortung** als Zeitpunkt der **Rechtsnachfolge** bestimmt, womit allerdings der Erbe „der Rechtsposition der Verlassenschaft" nachfolgen soll. Vor der Einantwortung hat der Erbe zwar das Recht auf den Nachlass, aber **keine Rechte an** den **Nachlasssachen,** s §§ 797, 798 Rz 8 ff. Eine bereits angefallene, aber noch nicht eingeantwortete Erbschaft ist allerdings ein vermögenswertes Gut, das der Erbe dem Insolvenzgericht (vgl § 210 Abs 1 Z 2 und 4 IO) und dem Treuhänder bekannt zu geben hat, 8 Ob 124/12 m NZ 2013/87. **5**

Zu der die Einantwortung überdauernden **Nachlassseparation** s § 812. Das Erbrecht ist zwischen Anfall und Einantwortung **veräußerlich,** s § 1278, jedoch nicht **pfändbar** (HfD 3. 6. 1846 JGS 968) oder **verpfändbar,** GlUNF 4635; *Kralik,* ErbR 57; *Weiß* in *Klang* III[2] 1063; 2 Ob 156/00 f; dazu *B. Jud,* Erbschaftskauf 32 ff. Das HfD JGS 1846/968 trat zwar mit 31. 12. 2009 außer Kraft (§§ 1, 4 Abs 2 des 1. BRBG), doch ist dies kein absolutes Hindernis für die Aufrechterhaltung der Rechtslage, s Vor § 531 Rz 2. **6**

Ausnahmsweise kommt es mit dem Tod des Erblassers zum Vermögensübergang **außerhalb** der **Verlassenschaftsabhandlung** (dazu *Steinwenter,* JBl 1955, 158 f); so beim Verkauf auf den Todesfall oder den sonstigen **entgeltlichen Geschäften** auf den **Todesfall,** zT auf Grund gesellschaftsrechtlicher Regelungen; oder auch im Rahmen der **Bezugsberechtigung** des **VersVG,** s § 531 Rz 12; bei der Sonderrechtsnachfolge nach dem **MRG** (s va § 14 MRG) sowie nach dem KlGG, s § 531 Rz 7; der Vererbung des Benützungsrechtes an der Grabstelle, s § 531 Rz 17; und dem Übergang des in der Gewerbeberechtigung steckenden Vermögenswertes bei Fortbetrieb, s § 531 Rz 2. **7**

Erbrechtstitel

§ 533. Das Erbrecht gründet sich auf einen Erbvertrag, auf den letzten Willen des Verstorbenen oder auf das Gesetz.

IdF BGBl I 2015/87.

Bisherige Bestimmung:

§ 533. Das Erbrecht gründet sich auf den nach gesetzlicher Vorschrift erklärten Willen des Erblassers; auf einen nach dem Gesetze zulässigen Erbvertrag (§ 602), oder auf das Gesetz.

Mehrere Berufungsgründe

§ 534. Die angeführten Erbrechtstitel können auch nebeneinander bestehen, so dass einem Erben ein bestimmter Teil der Verlassenschaft aus dem letzten Willen, einem anderen ein Teil aus dem Erbvertrag und einem dritten ein Teil aus dem Gesetz gebühren können.

IdF BGBl I 2015/87.

Stichwortverzeichnis

Das Stichwortverzeichnis verweist in Fettdruck auf §§, in Normalschrift auf Randzahlen.

A

Abfindung beim Erbverzicht **551** 20 ff
Abhandlungspfleger **816** 19 ff
Absicht s Testierabsicht
Absonderung des Nachlasses s Nachlassabsonderung
Abtretung vermachter Forderungen **724** 3
Abtuung armutshalber s Unterbleiben der Abhandlung
Abweichung von der allgemeinen Erbfolge **751**
Akkreszenz s Anwachsung
Allographes Testament s fremdhändige Verfügung
Alter, Testierfähigkeit **566 – 569** 4
Andeutungstheorie **553** 3, 6 ff; **564; 565** 10
Aneignung durch den Bund **537** 11; **750; 823 f**
– Aneignungsklage **750** 8 f; **823 f**
– ausländisches Recht **750** 10
– Ausschluss der Transmission **750** 3 f
– Begriff **750** 1 f
– Legat **689** 4
– Universalsukzession **547** 1; **750** 1
– Verfahren **750** 5 ff
Aneignungsklage **750** 8 f; **823; 824** 27
Anerkennung formungültiger Verfügungen **601** 5 f
Anfallstag s Erbanfall
Anfechtung
– Anfechtungsschutz des Pflichtteilsberechtigten **791** 1 f
– der Anerkennung formungültiger Verfügungen **601** 6
– der Ausschlagung **805** 9
– der Erbantrittserklärung **800** 24
– des Erbverzichts **551** 27
– formungültige letztwillige Verfügung **601** 3
– wegen Irrtums **570; 697** 5; **721; 722** 6
Annahme der Erbschaft s Erbantrittserklärung
Anrechnung beim Erbteil **752 ff; Vor 780**
– Aufhebung der Anrechnungspflicht **752** 8
– Auswirkungen auf Erbquoten und Pflichtteil **752** 9 ff
– Begriff **752** 1 ff; **Vor 780**
– Berechtigung der Kinder **753**
– Erlass **752** 10; **753** 4
– durch letztwillige Verfügung oder Vereinbarung **752** 6 f
– Rechenmethode **755**
– bei Repräsentation **754**
Anrechnung beim Pflichtteil **Vor 780; 780 ff**
– Anrechnung durch Abzug **780** 1
– Antragsrecht **783** 14 ff
– anzurechnende Zuwendungen **780** 2 ff
– Auskunftsanspruch **786**
– Ausnahmen **784 f**
– Begriff der Anrechnung **Vor 780**
– Bewertung der Schenkung unter Lebenden **788**
– Bewertung der Zuwendung auf den Todesfall **780** 5
– Erlass **785**
– Rechenmethode **787**
– Schenkungen unter Lebenden **781**
Anwachsung **560; 563**
– Begriff **560; 563** 1 ff
– gesetzliches Erbrecht Anwachsungsberechtigter **560; 563** 11
– Übernahme von Lasten **560; 563** 12
– Verhältnis zu anderen Berechtigungen **560; 563** 9 f
– Verfügung über den ganzen Nachlass **560; 563** 7 f
Arbeitsrechtliche Ansprüche s Vererblichkeit
Aufforderung der Nachlassgläubiger **813 ff**
Aufgriffsrecht **Anhang 550**
– Begriff **Anhang 550** 1 ff
– Begründung durch letztwillige Verfügung **Anhang 550** 6 f

– Begründung durch Vertrag **Anhang 550** 8 ff
– Entgelt **Anhang 550** 10
– Übernahmspreis **Anhang 550** 12 f
Aufhebung einer letztwilligen Verfügung 713 ff
– durch Aufhebung der Adoption **725** 1
– durch Ausfall des eingesetzten Erben **726**
– durch Rücknahme eines Testaments **719** 6
– durch späteres Kodizill **714**
– durch späteres Testament **713**
– durch stillschweigenden Widerruf **721 f**
– durch Verlust der Angehörigenstellung **725**
– durch Widerruf **717 ff**
Auflage 709 ff
– Abgrenzung zu Vermächtnis und Bedingung **709** 11 ff
– Auflageberechtigter **709** 9
– auflösende Wirkung **710**
– bindende Anordnung oder Wunsch, Bitte, Rat **711**
– Definition **709** 1 ff
– Durchsetzung **709** 8 f
– Fälle **709** 10
– möglichst genaue Erfüllung **709** 6 f
Auflösung der Ehe oder eingetragenen Partnerschaft 746
– Erbrechtsverlust **746** 1
– Tod während Auflösungsverfahrens **746** 2 ff
– Wirkung auf Schenkungen auf den Todesfall **603** 4
Auftrag s Auflage
Ausbildungsvermächtnis 673
Auskunftsanspruch 786
Auslegung 533; 614
– Andeutungstheorie **553** 3 ff
– eines Erbverzichts **551** 11
– einer Ersatz- oder Nacherbschaft **614**
– letztwilliger Verfügungen **553**
Ausnahmen von Schenkungsanrechnung 784 f
– abweichende Vereinbarung **784** 9; **785**
– gemeinnützige Zwecke **784** 4
– Gründe des Anstands **784** 8
– keine Schmälerung des Stammvermögens **784** 3
– sittliche Pflicht **784** 5
– Zweijahresfrist **782**
Ausschlagung 805
– Anfechtung **805** 9
– Berechtigung der Nachkommen **805** 7
– Nachberufene **805** 2
– Pflichtteilsberechtigte **808** 6
– unbekannte Berufungsgründe **805** 4
– Untätigkeit des Erben **805** 6
– Unwiderruflichkeit **805** 1, 8
– zugunsten Dritter **805** 3
Außerordentliches Erbrecht
– des auf den Todesfall Beschenkten **603** 18
– des Lebensgefährten **748**
– des Vermächtnisnehmers **749**
Ausstattung 781 12; **789** 5

B

Bargeld, Gattungsvermächtnis 656 – 659 4
Bedingte Erbantrittserklärung 802
– Begriff **802** 1 f
– Haftungsbeschränkung **802** 3 ff
– Inventarisierung **802** 9 ff
– Miterben **807; 820; 821**
Bedingung 695 ff
– aufschiebende **536** 1; **703**
– Begriff **696**
– Eignung von Zuwendungen zur Pflichtteilsdeckung **762**
– Erbanfall bei aufschiebender Bedingung **703**
– Erfüllung zu Lebzeiten des Erblassers **701**
– gesetz- oder sittenwidrige **697** 1, 3 ff
– keine Erfüllung durch Nachberufene **702**
– mögliche und erlaubte **699**
– unmögliche **698**
– unverständliche **697** 2, 4 f
– Vor- und Nachberechtigung **707 f**
Befangenheit der Testamentszeugen 587; 588 5 ff
Befreiungsvermächtnis 666 f
Befriedigung der Verlassenschaftsgläubiger 811
Befristung 695 1; **705 f**
– unmöglicher Termin **705; 706** 1
– bei einem Vermächtnis **647** 4; **708** 4
Begräbniskosten 549
– Angemessenheit **549** 4
– Begriff des Begräbnisses **549** 3
Behältnis, Vermächtnis 675 f

Beitrag zur Pflichtteilserfüllung s Kürzungsrecht des Erben
Bekräftigung des letzten Willens, schriftliche 579 5 ff
Bekräftigung des letzten Willens, mündliche 580
Belohnung des Erben für Nachlassverwaltung 690 2
Benützung der Verlassenschaft s Verwaltung der Verlassenschaft
Berufungsgründe 533 f
– mehrere **533; 534** 3 f; **808** 1 ff
Beschränkte Erbenhaftung 802
Besitznachfolgerecht, Quasi-Nacherbschaft 608 8
Bestandrechte s Vererblichkeit
Bestreitungsverbot s kassatorische Klausel
Beweislast
– bei der Bestreitung der Echtheit **578** 11
– für bestimmte Quote bei mehreren Erben **555** 1
– für die Testierunfähigkeit **566 – 569** 15 ff
Bewertung der Schenkung unter Lebenden 788
– Allgemeines **788** 1 f
– Vermögensopfertheorie **788** 3 ff
– Wertermittlung **788** 6 ff
Bindende Anordnung 711
– der Ersatzerbschaft **604** 2 ff
– in einer letztwilligen Verfügung **552** 3 f
– Wunsch, Bitte, Rat **711**

C

contrarius actus
– Aufhebung einer letztwilligen Verfügung **577** 4
– Aufhebung des Verzichts **551** 13 ff
culpa in testando 577 5

D

Damnationslegat 535 1
Dauerschuldverhältnisse s Vererblichkeit
Derogatorische Klausel s Unbeachtlichkeit der erklärten Unabänderlichkeit
Diebstahl als Erbunwürdigkeitsgrund 539 4 ff
Dienstnehmer, Vermächtnis 683
Drohung
– als Enterbungsgrund **539** 4 ff
– letztwillige Verfügung **564; 565** 13 ff
Durchstreichen als Widerruf einer letztwilligen Verfügung 721; 722 5

E

Ediktalverfahren 750 5 ff
Ehegatten und eingetragene Partner 744 f; 756 f
– Anrechnung auf den Erbteil **744** 4 ff
– Erbrecht **744** 1 ff
– gesetzliches Vorausvermächtnis **745**
– Pflichtteil 756; 757
Ehepakt 744 4 ff
Ehescheidung s Auflösung der Ehe
Eigenhändige letztwillige Verfügung 578
– allgemeine Voraussetzungen **578** 1 ff
– eigenhändige Unterschrift **578** 7 f
– Bestreitung der Gültigkeit **578** 11
– Einheit des Testieraktes **578** 10
– fremdhändige Teile **578** 9
Einantwortung 547; 797; 798 1 ff; **819; 823 f**
– Scheinerbe **823; 824** 2, 15 ff, 30 ff
Eingetragener Partner
– gesetzliches Erbrecht **730; 744**
– Pflichtteilsberechtigung **756; 757** 3
Einheit des Testieraktes
– eigenhändiges Testament **578** 10
– fremdhändiges Testament **579** 3
Einrechnung s Anrechnung beim Erbteil; Anrechnung beim Pflichtteil
Eintrittsrecht s Repräsentation
Einzelrechtsnachfolge
– Vermächtnis **535** 6
Eltern
– gesetzliches Erbrecht **738 ff**
– Pflichtteil **756; 757** 3
– Verhältnis zu Ehegattenerbrecht **744** 2 f
Endtermin, Befristung 705 f
Enkel
– abstrakte Pflichtteilsberechtigung und Schenkungsanrechnung **783** 12
– gesetzliches Erbrecht **732 ff**
– Pflichtteil **756; 757** 3
Enterbung 769 ff
– ausdrückliche **772** 1
– aus guter Absicht **771**
– Begriff **769**
– Beweislast für Vorliegen des Enterbungsgrundes **772** 3; **774**
– Enterbungsgründe **769** 2; **770**
– Folgen für gesetzliches Erbrecht **729** 5

Rudolf Welser

Der Erbrechts-Kommentar

§§ 531–824 ABGB

Mit dem **Erbrechts-Änderungsgesetz 2015** trat am 1. 1. 2017 eine **umfassende Reform des Erbrechts** in Kraft. Diese betrifft vor allem die §§ 531–824 ABGB. Neben inhaltlichen Änderungen wurde vom Gesetzgeber auch eine neue Gesetzessystematik geschaffen, die mit einer Vielzahl von Neunummerierungen einhergeht.

Der vorliegende Kommentar enthält eine fundierte Kommentierung der §§ 531–824 ABGB und im Anhang ergänzend die relevanten Bestimmungen des AußStrG. Er zeigt die durch das ErbRÄG 2015 entstandenen Fragen auf, weist auf in der Literatur bereits vorhandene Lösungen hin und gibt die eigene Auffassung des Autors wieder.

em. o. Univ.-Prof. DDr. hc. Dr. **Rudolf Welser** war von 1971 bis 2007 Vorstand des Instituts für Zivilrecht der Universität Wien und leitet seither die Forschungsstelle für Europäische Rechtsentwicklung und Privatrechtsreform an dieser Universität. Er ist international vor allem als Mitverfasser des zweibändigen Standardwerks „Grundriss des bürgerlichen Rechts“ („Koziol/Welser“) bekannt. Das Erbrecht gehört seit vielen Jahrzehnten zu Welsers Arbeitsschwerpunkten. Der von ihm verfasste und in Lehre und Judikatur fest verankerte Erbrechtskommentar war seit 1983 in vier Auflagen Teil des „Rummel-Kommentars“ und erscheint nun als selbstständiges Werk.

ISBN 978-3-214-02483-3

9 783214 024833

www.manz.at